

# Politische Berichte

Nummer 9 / 13. Jahrgang

24. April 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

**Regierung und Kapitalisten nehmen einen Streik für einen Abschluß unter der Inflationsrate in Kauf.**

Zu früh haben Teile der Gewerkschaften geglaubt, die von Seiten der Kapitalisten geforderte Trendwende in der Tarifpolitik durch den HBV-Abschluß im Bankenbereich gekippt zu haben. Mit vereinten Kräften wollen Regierung und Wirtschaft diese Wende jetzt im öffentlichen Dienst durchsetzen.

Die diesjährige Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist dabei von zweierlei kennzeichnet. Zum einen mischen sich in noch nie dagewesener Weise die Kapitalisten in die Diskussion um die Höhe des Abschlusses ein. Der Schlichterspruch, der als Hauptbestandteil eine lineare Einkommenserhöhung von 5,4 % vorsieht, wurde nicht nur von der Bundesregierung als zu hoch abgelehnt, sondern auch von den Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages (Stihl) und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (Murrmann) als unvertragbar bezeichnet.

Das zweite Kennzeichen dieser Tarifrunde ist, daß alle möglichen Diskussionen, die mit der eigentlichen Tarifauseinanderersetzung nichts direkt zu tun haben, auf den Tisch gepackt werden, so daß die Frage, ist die Tarifforderung von 9,5 % plus 550 DM Urlaubsgeld berechtigt bzw. ist der Schlichterspruch ein akzeptabler Kompromiß, unterzugehen droht. Plötzlich machen sich Politiker aller Couleur Gedanken über die unteren Einkommensgruppen, wo sie doch früher jegliche besondere Anhebung bzw. Streichung dieser Einkommensgruppen als leistungsfeindlich abgelehnt haben. Da werden nicht nur Umfragen produziert, deren Ergebnis die Ablehnung eines Streiks im öffentlichen Dienst belegen soll, sondern zur rechten Zeit auch Untersuchungen präsentiert, die den von den Gewerkschaften behaupteten Einkommensrückstand leugnen.

Bisher haben Abstimmungen und Meinungsbilder befragter Gewerkschaftsgliederungen eine eindeutige Ablehnung des Schlichterspruches als zu niedrig ergeben. Bereits bei der Forderungsaufstellung hat es deutliche Stimmen für höhere, über 10 Prozent liegende Forderungen gegeben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst finden dies mehr als berechtigt. Seit Jahren hinkt man der Einkommensentwicklung anderer Branchen hinterher, hat längere Arbeitszeiten, geringeren Urlaub ... und wird für „schlechte Dienstleistungen“ auch noch beschimpft.

In der Universitätsklinik in München erhalten die Beschäftigten seit mehreren

## Tarifpolitische Wende im öffentlichen Dienst?

Monaten nur noch die fixen Bezüge ausbezahlt, die nichtregelmäßigen Bestandteile — bei Schicht- und Wochenendarbeit ein nicht unerheblicher Teil — können wegen unbesetzter Stellen nicht berechnet werden. In Berlin werden die Zeittakte für Busse und U-Bahn verlängert, weil die Verkehrsbetriebe keine Fahrer mehr finden. In Krankenhäusern werden ganze Stationen geschlossen, weil es nicht genügend Pflegepersonal gibt. Bei Einstellungsgesprächen werden immer öfter nach Bekanntgabe der Verdiensthöhe Bewerbungen zurückgezogen. Dabei ist die „Amtshilfe für den Aufbau des öffentlichen Dienstes“ in der ehemaligen DDR, die eine Ausdünnung des vorhandenen Personals bedeutet, für viele nur der berühmte Tropfen. Die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre haben zu unerträglichen Arbeitsbedingungen geführt. Die Arbeitszeitverkürzung hat nur in Schichtbetrieben zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind für Streik. Dies wird die Urabstimmung zeigen. Die Auseinandersetzung ist jedoch in keiner Weise mit dem Streik von 1974 zu vergleichen; der Arbeitskampf wird mitnichten in drei Tagen erledigt sein. Die Taktik der ÖTV ist zwar bisher weitgehend aufgegangen: Es sind die öffentlichen Dienstherren von Bund, Ländern und Gemeinden, die den Schlichterspruch abgelehnt ha-

ben und keine Kompromißbereitschaft zeigen. Es wäre jedoch falsch zu glauben, damit schon die „halbe Miete“ eingefahren zu haben.

Die Reaktion der bürgerlichen Presse auf die entstandene Situation ist unterschiedlich. Einigkeit besteht darin, daß die Wende in der Tarifpolitik erforderlich sei, um den Aufbau im Osten voranzubringen, um wettbewerbsfähig zu sein. Kanzler Kohl und sein Finanzminister werden kritisiert, weil sie die „Kosten der Einheit“ nicht offen und ehrlich beim Namen nennen. „Man muß die Bürger, die ja Arbeitnehmer sind, von der Richtigkeit des Lohnverzichts überzeugen.“ Ins Feld werden die „Brüder und Schwestern“ geführt, deren Arbeitsplätze durch die gewerkschaftlichen Forderungen auf dem Spiel stehen. Daß hierin ein Schwachpunkt der gewerkschaftlichen Gegenargumentation liegt, ist nicht erst seit den letzten Gewerkschaftstagen bekannt.

Scharfmacher wie Stihl nennen den Schlichterspruch ein „fatales Signal“ und drohen ebenfalls mit dem Abbau von Arbeitsplätzen, falls es zu einem Abschluß in dieser Größenordnung kommt. „Am Ende ist aus Sicht des Staates und auch der Arbeitgeber ein Streik eher in Kauf zu nehmen als dieser Tarifabschluß“, so die BDA. Die Arbeitgeberverbände fordern eine „grundätzliche Neuorientierung“ in der Tarif-

politik — nämlich: Einkommenserhöhungen im Umfang der Produktivitätssteigerungen, nach „amtlichen“ Angaben derzeit rund 1 Prozent. Einen Ausgleich der Preissteigerungsrate lehnen sie ab.

Gleichwohl besteht unter ihnen Unsicherheit in der Einschätzung, ob diese Wende so gelingt: „Bundeskanzler Kohl will und muß nicht nur die Bundeskasse schonen, sondern er möchte mit einem niedrigen Abschluß und einer Vier vor dem Komma auch das richtungsweisende Signal für die gewerbliche Wirtschaft setzen. Ob der Regierungschef nach der gescheiterten Schlichtung damit richtig liegt, ist zu zweifeln“, schreibt *Der Tagesspiegel*-Kommentator, und auch der des *Handelsblattes* befürchtet, daß dieser Streik eine Blamage für die Regierung werden könnte: „Was wäre, wenn der Abschluß im Öffentlichen Dienst doch auf 5,4 % lautete, vielleicht noch mit einem kleinen Streikaufschlag?“

„Der Schlichterspruch liegt an unserer Schmerzgrenze“, schreibt die ÖTV und stellt fest, daß es „in vielen Bereichen erheblich höhere Erwartungen“ gibt. Ein Streik im öffentlichen Dienst mußte schon immer gegen die Angriffe aller Parteien durchgehalten werden. In den gegenwärtigen Diskussionen um eine große Koalition könnte er den Standpunkt der Gewerkschaften hierzu verdeutlichen. — (har)

## Für kurdisches Referendum, Selbstbestimmungsrecht

Eine Unterschriftensammlung und Kampagne für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, für das Recht des kurdischen Volkes, in einem Referendum über seine Zukunft zu entscheiden, und gegen die Türkeihilfe der Bundesregierung hat die Jahreskonferenz der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD beschlossen. Etwa 60 Personen aus über 20 örtlichen Solidaritätsgruppen nahmen an der Konferenz teil. Vertreter des Kurdistan-Komitees berichteten über die Entwicklung des Befreiungskampfes in Kurdistan. Die Unterschriftensammlung soll sofort beginnen, die Unterschriften sollen an die Bundesregierung, den Europarat und das Europaparlament sowie an die UNO gerichtet werden. Eine Broschüre zu den „deutsch-türkischen Beziehungen“ soll die Kritik an der Türkeihilfe der BRD untermauern. — (rül)

## Leiharbeit: Viele Verstöße gegen Schutzgesetze

Kapitalisten, die Lohnabhängige in sogenannter „Leiharbeit“ ausbeuten, verstößen extrem gegen Schutzgesetze. Das haben Untersuchungen der Gewerbeaufsicht in Nordrhein-Westfalen ergeben. Nach einer Mitteilung des NRW-Arbeitsministeriums habe eine mobile Einsatzgruppe der Gewerbeaufsicht in diesem Land im vergangenen Jahr bei drei Vierteln der untersuchten Leiharbeit-Unternehmen Rechtsverstöße festgestellt. Knapp die Hälfte der rund 2400 untersuchten Subunternehmen verstießen gegen sicherheitstechnische Vorschriften. Jedes vierte Unternehmen verstieß gegen die gesetzlichen Vorschriften für Schutzausrüstungen. Jedes zehnte Unternehmen verstieß gegen die gesetzlichen Vorschriften für Höchstarbeitszeiten. — (rül)

## DGB gegen Senkung der Sozialhilfe

Erneut planen die Sozialminister der Länder Manipulationen an der Sozialhilfe: Eigentlich sollte zum 1. Juli dieses Jahres die Umstellung auf das sog. Statistikmodell mit einer Erhöhung der Regelsätze abgeschlossen werden. Stattdessen planen die Bundesländer Abschläge bei der Sozialhilfe für größere Familien, eine Kürzung der Mehrbedarfsschläge sowie eine Absenkung der Einkommensgrenzen bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen, und all das bei einer doch spürbaren Preissteigerungsrate. Eine öffentliche Diskussion darüber ist eher unerwünscht, deswegen erfährt man erst durch Proteste aus den Fachverbänden von diesen Plänen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer fordert von den Ministerpräsidenten der Länder und dem Bundesfamilienministerium eine volle Umsetzung der Regelsatzreform. — (alk)

## Protest gegen Verbotsdrohungen

Der baden-württembergische Innenminister Schlee betreibt ein Verbot der PKK und kurdischer Vereinigungen, die „häufig wichtige Unterstützungsfunctionen für die PKK“ ausüben. Gegen „militante Kurden“ will er ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen. Der Kurdische Arbeiter- und Kulturverein Stuttgart hat gegen diese über eine Pressemitteilung vom 25. März verbreitete Kriminalisierung festgestellt: „... Das sind keine gewalttätigen oder terroristischen Kurden, wie seitens des Innenministeriums ... behauptet wird, die protestieren. Es sind patriotische Menschen aus Kurdistan, die nicht mehr lange schwärzen wollen ... In einer Zeit, in der unser Volk tagtäglich massakriert wird, können wir nicht tatenlos zusehen ... Weil wir für die PKK Sympathie empfinden und den nationalen Befreiungskampf unterstützen, werden wir ebenso kriminalisiert und als terroristische Gewalttäter dargestellt ... Unsere Unterstützung und Solidarität für unser Volk machen wir weder verdeckt noch illegal. Wir stehen dazu ...“ — (evc)



## Banken als Hilfs-Ermittler

### Seiters will die Bandengesetzgebung jetzt schnell durchsetzen

Mit dem Entwurf über ein „Gewinnaufspürungsverfahren“ hat die Bundesregierung den zweiten Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der rechtsstaatliche Grundsätze aufheben soll. Danach müssen Banken künftig die Personalien von jeder Person feststellen, die Beträge ab 50000 DM aufwärts bar einzahlt. Innenminister Seiters erklärt, das komme rund 7,5 Millionen Mal im Jahr in der BRD vor. Sodann sollen die Banken Polizeifunktionen übernehmen: wenn sie glauben, das bei ihnen eingezahlte Geld sei „illegal“ erworben, sollen sie ihren Verdacht bei der Polizei melden. Also Millionen neue Ermittlungsverfahren bei der Polizei? Oder sollen die Banken nur Fremde melden? Vermutlich werden am ehesten Einzahlungen von politischen Organisationen des Widerstandes und des Befreiungskampfes gemeldet, denn hier kommen schon große Geldmittel in Solidaritätsaktionen zusammen und werden von Leuten eingezahlt, die normalerweise nicht über solche Summen verfügen. Anwälte und Notare je-

doch können weiterhin im Auftrag von Klienten Konten eröffnen, ohne die Klienten preisgeben zu müssen.

Das Gewinnaufspürungsverfahren läßt jedoch nicht einfach die Beschlagnahme der aufgespürten, angeblich illegal erworbenen Gelder zu. Im bereits laufenden, zweiten Gesetzgebungsverfahren, das mit dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität begründet wird, ist die Beschlagnahme vorgesehen. Nach der ersten Lesung an die Ausschüsse verwiesen und dort unter den Koalitionsparteien umstritten ist der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die FDP verzögert bisher ihre Zustimmung zur Erlaubnis für „verdeckte Ermittler“, kriminell tätig zu werden. Zum zweiten lehnt die FDP den Einsatz von „Wanzen“ zum Abhören von Wohnungen ab. Bündnis 90/Grüne, PDS und SPD kritisieren das Gesetz ebenfalls aus obigen Gründen. Der am 8.4. im Kabinett beschlossene Entwurf über das „Gewinnaufspürungsverfahren“ erfährt nun aus Reihen der

FDP und der SPD ganz andere Kritik: Er sei „unzulänglich“.

Es hat den Anschein, als ob Innenminister Seiters versucht, mit dem Gesetz zur Gewinnaufspürung Fakten zu schaffen, die ihm ermöglichen sollen, daß weitergehende Gesetze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität durchzusetzen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. April berichtet bereits über „Überlegungen im SPD-Fraktionsvorstand“, in bestimmten Fällen verdeckte Ermittler Straftaten zu erlauben und Wohnungen abhören zu lassen. Seiters arbeitet jedenfalls mit System an der Verbreitung von Horrormeldungen über die Zunahme der Kriminalität und der sogenannten organisierten Kriminalität im besonderen. Insbesondere im Anschlußgebiet soll sie schlagartig erblühen. Hintergrund ist: In den fünf Bundesländern gelten die Innenministervereinbarungen von 1989 über den Einsatz verdeckter Ermittler noch nicht. Quellenhinweis: FAZ, *Frankfurter Rundschau*, Welt vom 9. April 1992 — (uld)

**Aktuell in Bonn****Gegen Lohnfortzahlung**

Die Zeitung *Die Welt* meldete am 18. April, in Bonn halte sich „hartnäckig“ das Bestreben, als Ausgleich für eine Lösung (des Streits um die von Blüm vorgeschlagene Pflegeversicherung, d. Red.) Abstriche bei der Lohnfortzahlung vorzunehmen.“ Geplant sei, „Arbeitnehmern bei Krankmeldungen in den ersten drei Tagen keinen oder weniger als den vollen Lohn zu zahlen, also Karrenzage einzuführen.“ Damit könnten die Kapitalisten 10 bis 15 Milliarden DM im Jahr „einsparen“ und wären so eher bereit, den Aufbau einer „Pflegeversicherung“ hinzunehmen. Die so finanzierte „Pflegeversicherung“ gelte nur für die jetzt schon Sozialversicherten. Für alle Berufsanfänger dagegen sei eine Pflegeversicherung nur privat möglich. Einen solchen „Kompromiß“ werde auch die FDP mittragen.

**„Gesundheitsreform“ Teil 2**

Im Sommer will Gesundheitsministerin Hasselfeldt die Grundzüge einer neuen „Reform“ im Gesundheitswesen vorlegen. Was bekannt wurde, läuft auf die Fortsetzung der Blümischen „Reform“ hinaus: Versicherungskürzungen und Kostensteigerungen für kranke, behinderte, pflegebedürftige und alte Personen mit dem Ziel, die Kosten bei den Kapitalisten zu senken, obwohl gerade diese die Gesundheit der Beschäftigten mit immer weiterer Steigerung der Arbeitsbelastung beschädigen. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hoffacker, heizt die Diskussion weiter an. Er verlangt u.a. einen „Zusatzbeitrag“ von 1 Prozent des Bruttoeinkommens, Beschränkung der ärztlichen Leistungen, Begrenzung der Zahl der Kassenärzte, weiterer Abbau von Krankenhausbetten.

**Streit ums Mietrecht**

Zwischen den Koalitionsparteien CSU und FDP ist ein Streit um das Mietrecht ausgebrochen. Der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kansy, verlangte von der FDP-Wohnungsministerin Schwaezter, endlich einen Gesetzentwurf zur Begrenzung des Mietanstiegs im Kabinett vorzulegen. In die gleiche Richtung polemisierte der bayerische Innenminister Stoiber. Der Gesetzentwurf soll den Mietanstieg geringfügig begrenzen. Dagegen sperren sich nicht nur die FDP und die Haus- und Grundbesitzer. Auch der CSU-Abgeordnete Radel, Obmann der Union im Städtebauausschuß des Bundestags, ist dagegen. Das habe „negative Auswirkungen auf den Wohnungsbau“.

**Kein Flugverbot für Flüchtlinge**

Das von der Bundesregierung 1987 ausgesprochene Verbot für Fluggesellschaften, Flüchtlinge ohne Visum zu befördern, ist verfassungswidrig. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschieden (Az.: BVerwG 1 C 45.89)

und 48.89). Zwei Fluggesellschaften, die Flüchtlinge ohne Visum befördert hatten und gegen die daraufhin der Bundesinnenminister Bußgelder verhängt hatte, hatten dagegen geklagt. Die Regelung im Ausländergesetz, so das Gericht, laufe auf eine pauschale Ablehnung von Asylbewerbern hinaus, die auf dem Flugweg eintreten wollten. Endgültig muß nun das Bundesverfassungsgericht entscheiden.

**SPD: Unternehmenssteuern senken!**

Auch die SPD macht sich für eine Senkung der Kapitalsteuern stark. Eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt vorgeschlagen: Senkung des Körperschaftssteuersatzes für einbehaltende Gewinne von 50 auf 45 Prozent, Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage von 100000 DM (faktisch eine Freigrenze, bis zu der Gewinne überhaupt nicht besteuert werden), Anhebung der Freibeträge bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, wenn „Firmenbesitz“ an Verwandte vererbt oder verschenkt wird. Zusammen wären das Steuerentlastungen von 7,5 Mrd. DM, die die SPD durch Einschränkung von Abschreibungsmöglichkeiten „finanzieren“ will. Auch die SPD macht sich damit die verlogene Demagogie der Kapitalisten über ihre angeblich „hohe Steuerlast“ zu eigen.

**Kriegsakademie**

Die BRD hat eine neue Akademie für Kriegsplanungen. Am 13.4. nahm in Bonn die „Bundeskademie für Sicherheitspolitik“ ihre Arbeit auf. Leiter: Ex-Generalinspekteur Wellershoff. Aufgabe: „Führungs Kräfte aus Bund und Ländern“ sowie dem „sicherheitspolitisch interessierten Umfeld“, sprich den Konzernen, ein „Verständnis der langfristigen sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands zu vermitteln“. (FAZ, 14.4.) 26 Beamte und Offiziere aus sieben Bundesministerien und vier Landesregierungen gehören zum Personal. Fachliche Weisungen bekommt die Akademie vom Bundessicherheitsrat.

**Teuerung steigt weiter**

Die Teuerungsrate in der BRD steigt weiter. Nach den letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes stieg die offizielle Teuerungsrate — die offenbar die tatsächliche Teuerung gar nicht mehr vollständig erfaßt — im März auf 4,8 Prozent. Im Anschlußgebiet lag die Teuerung nach den letzten Zahlen im März bei ca. 15 Prozent.

**Was kommt demnächst?**

Unmittelbar nach der Osterpause will Kohl mit der SPD Gespräche über „Sachthemen“, insbesondere die Finanzsituation von Bund und Ländern, Verfassungsänderungen bei Asyl und Bundeswehreinsätzen usw. aufnehmen. Am 30. April debattiert dann der Bundestag über den Unionsantrag auf Änderung des Grundgesetz-Artikels zum Asylrecht. Am 15. Mai berät der Bundesrat u.a. über den Gesetzentwurf der Bundesregierung gegen „illegalen Geldwäsche“. Am 24. Mai sind in Berlin die Wahlen zu den Bezirksvertretungen.

# Verfassung: CDU/CSU gegen soziale Rechte und Ausländerwahlrecht

„Unter den europäischen Systemen des realen Kapitalismus ... nimmt das der BRD insofern eine wirklich einzigartige Sonderstellung ein, als wir uns der freiheitlichsten Verfassung der deutschen Geschichte (und der ganzen Welt sowieso) berühmen können, mit in einem optimalen Zustand leben und deshalb wegen des mit einer Offenheit für die Zukunft verbundenen Risikos von Systemalternativen jede Zukunft verbieten und durch die Fortschreibung der Gegenwart ersetzen müssen.“ (1)

Die Kommission Verfassungsreform des Bundesrates hat inzwischen in mehreren Sitzungen, zuletzt am 12.3.1992, sowie durch mehrere Empfehlungen an die Gemeinsame Verfassungskommission des Bundes und der Länder von Anfang April 1992 etliche Themenbereiche diskutiert, u.a. zu „Gesetzgebungsverfahren“, zu „Internationale Beziehungen“, „Staatsziele und soziale Grundrechte“, „Ausländerwahlrecht“ und „Asylrecht“ (2). Hier kann nur auf drei dieser Themen eingegangen werden.

**Staatsziele, soziale Grundrechte**

In der Grundsatzdebatte der Länderregierungen am 16.1. äußerte der bayerische Minister Stoiber u.a.: „Vieles von dem, was wir in den mehr als 40 Jahren der alten Bundesrepublik erreicht haben, war nun wirklich nur möglich, weil wir durch die wohlgeordneten Entscheidungsprozesse politische Stabilität hatten. Das war möglich, weil ökonomische Entwicklungen in eine wohlbedachte rechts- und sozialstaatliche Verantwortung eingebunden waren. Stabilität und Fortschritt waren nur möglich,

weil das Grundgesetz keine utopischen Ziele vorgibt, die in einer freien und rechtsstaatlichen Demokratie unerreichbar gewesen wären.“ Diese deutliche Kritik an der von SPD-geführten Ländern befürworteten Aufnahme von Staatszielen (Staat trägt zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnott bei etc. pp.) hatte der sächsische Staatsminister Vaatz schon in der 2. Sitzung der Kommission so formuliert: Es müsse gefragt werden, „ob denn der Staat in der Tat verpflichtet werden soll, das Recht auf Wohnung, das Recht auf Arbeit und andere Dinge einzulösen. Wir sind der Auffassung, daß dies nicht in erster Linie Sache des Staates ist; denn die Ressourcen dafür liegen in den Händen der Bürger, und sie können im Rahmen ihrer Handlungs-, Eigentums-, Berufs- und Gewerbefreiheit davon Gebrauch machen und sind gehalten, diese Rechte, diese sozialen Verpflichtungen einzulösen.“

Und Staatsminister Caesar (Rheinland-Pfalz) ergänzte: „Ich sehe eigentlich niemanden, der ein subjektives Recht auf Arbeit und angemessenen Wohnraum schaffen will, ein Recht, das der Staat ohne Ausschaltung der Märkte; ohne dirigistische Maßnahmen gar nicht einlösen könnte.“

Von Seiten der CDU/CSU-geführten Länderregierungen ist damit in bezug auf Verfassungsänderungen klargestellt: Mit ihnen wird es keine individuell einklagbaren Rechte auf Sicherung des Existenzminimums, auf ausreichenden und mit Mindeststandards versehenen Wohnraum etc. geben. Die SPD-geführten Länder haben dies allerdings auch nicht gefordert. Ihre Vorschläge gehen nicht in Richtung einklagbarer Rechte,

sondern auf Proklamation hehrer Staatsziele. Beispiel Landesregierung Nordrhein-Westfalen: „Der Staat fördert die Schaffung von angemessenem Wohnraum.“

**Ausländerwahlrecht**

Auf Vorschlag Hamburgs stimmte die Kommission Verfassungsreform des Bundesrates ohne die notwendige Mehrheit von elf Stimmen, aber mit einfacher Mehrheit der Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts zu. Hamburg schlug vor, Art. 28 Abs. 1 GG zu ergänzen: „Ausländerische Staatsangehörige und Staatenlose mit ständigem Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben Wahlrecht zu den kommunalen Vertretungskörperschaften.“ Dieser Vorschlag wurde ausdrücklich auf alle (also nicht nur EG-)Ausländer bezogen, was die CDU-geführten Länder ablehnen, die im übrigen auch die Einführung eines Wahlrechts nur für EG-Ausländer derzeit ablehnen und „von der weiteren Diskussion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft“ abhängig machen wollen.

**Asylrecht**

Wie lange werden die SPD-geführten Länderregierungen noch Widerstand gegen eine praktische Beseitigung des individuellen Asylrechts gem. Art. 16 GG nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg leisten? Die Penetranz der CDU/CSU in puncto Beseitigung des Asylrechts ist jedenfalls auch in der Verfassungskommission des Bundesrats groß. Der Vorschlag der bayerischen Regierung lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Asylrecht genießt nicht, wer aus einem oder über einen Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt oder in einen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, in welchen Ländern eine politische Verfolgung nicht stattfindet.“ Weiterhin enthält dieser Vorschlag die Beseitigung des Non-Refoulement-Prinzips, eines völkerrechtlichen Grundsatzes, nach dem kein Flüchtling an der Grenze zurückgewiesen werden darf, wenn ihm dadurch eine Gefahr für Leib und Leben entsteht. Zudem will Stoiber den ordentlichen Rechtsweg über die Gerichte durch Einrichtung von „vom Bundestag bestellten Beschwerdeausschüssen“ er setzen.

Einer „Fortschreibung der Gegenwart“ im Sinne dieser Vorfassungen haben die SPD-geführten Länder wenig bis nichts entgegenzusetzen.

Quellenhinweis: (1) Helmut Ridder in *Konkret* 4/92, S. 27; (2) Bundesrat-Kommission Verfassungsreform, versch. Drucksachen, Berichte und Beschußempfehlungen sowie stenografische Protokolle — (ulb)



Bild: af/mz

## Militärs wollen Generalstab für eigene Aggressionen



Mit ihrem Gesetzentwurf zur Besteuerung von Zinseinkünften verfolgt die Bundesregierung auch die Absicht, weitere Steuersenkungen zugunsten der Reichen in Kraft zu setzen. Darauf hat der niedersächsische Finanzminister Swieter im *Handelsblatt* (16.4.) hingewiesen. So soll der zur Zeit geltende Freibetrag für Kapitalvermögen bei der Vermögenssteuer von 10000 DM auf 100000 DM verzehnfacht werden. Hinzu kommen Vergünstigungen bei der Erbschaftssteuer. Beide zusammen führen bei den Ländern — Vermögens- und Erbschaftssteuern sind Ländersteuern — zu Steuerausfällen von mehreren hundert Millionen DM. Während kleinere Sparvermögensbesitzer künftig — geringfügig — Steuern zahlen müssen, bekommen die Besitzer größerer Vermögen so erneut Steuergeschenke von mehreren hundert Millionen DM.

Die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung und internationale Vorbehalte haben die Neueinrichtung der deutschen Armee nach dem Krieg nicht verhindern können. Immerhin aber behandelte die neue Wehrverfassung zum ersten Mal in der deutschen Militärgeschichte die Armee als Bestandteil der Exekutive. Oberste Kontrolle und Führung sind auf die politischen Instanzen Verteidigungsminister, Kanzler und Parlament festgelegt. Der ranghöchste Soldat, der Generalinspekteur, hat keine Befehlsfunktion, er repräsentiert und berät hauptsächlich. Es sollte das „Prinzip der Politik“ gelten und der „Staat im Staate“ unmöglich werden. In den 60er und 70er Jahren haben etliche rechte Generale an diesen Strukturen zu rütteln versucht, provozierten damit so manchen Skandal, blieben aber letztlich erfolglos.

Inzwischen hat sich der Wind aber gedreht und es wird in den führenden Stäben der Bundeswehr praktisch ohne öffentlichen Widerspruch eine neue Kommandostruktur gefordert (u.a. in *Der Spiegel* vom 6.4.92, *Die Welt* vom 9.4.92). Die höchsten Generale verlangen die Wiedereinrichtung eines militärischen Oberkommandos durch einen nationalen Generalstab. Damit wäre der „zivile“ Oberbefehl durch den Verteidigungsminister praktisch aufgehoben. Der Generalstab sollte geführt werden vom Generalinspekteur, dem zugleich ein unmittelbares Zugangsrecht zum Bundeskanzler zusteünde. Ein längst von der Geschichte für erledigt geglaubtes Modell gewinnt also wieder Konturen: Die Staatsführung kann in unmittelbarer und unkontrollierbarer Zusammenarbeit mit dem Oberkommando der Armee Politik planen und durchführen. Der Verteidigungsminister könnte sich mehr auf die Rechtfertigung gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit konzentrieren und die Billigung der kriegsnotigen Gelder durchsetzen.

Die Absichten zur Schaffung einer nationalen Kommandozentrale sollen die BRD besser als bisher in die Lage versetzen, eigene Aggressionen zu führen. Dies insbesondere unabhängig von der NATO, weil deren Operationsbereich beschränkt ist und an Entscheidungen viele Beteiligt sind. Mögliche Interventionsschauplätze für die BRD-Interventionen werden fast von Woche zu Woche mehr, und es gibt offensichtlich eine Armeeführung, die den Einsatzbefehl herbeiseht. Wie weit der Einfluß der Generäle bereits gestiegen ist, zeigt der folgende, nur wenige Wochen zurückliegende bemerkenswerte Vorgang: Am 19.2. diskutierte die Bundesregierung über ein Strategie-Papier, das vom Stab des Generalinspekteurs Naumann ausgearbeitet und vom Verteidigungsminister vorgelegt wurde. Das Papier skizziert die sicherheitspolitische Lage der BRD in der Welt und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Fazit: Die BRD muß für ihre Interessen ohne Hemmungen weltweit gewaltsam operieren können, wozu z.B. auch der freie Zugang zu Rohstoffen gehört (*NiD* 6/92). Die parlamentarische Verfassungsdebatte über Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr wird gar nicht abgewartet. Vielmehr verlangen die Generäle eine entsprechende Verfassungsänderung! Müßte nicht jeder halbwerts ehrliche Demokrat diese Militärs zurück in die Kasernen oder in den Ruhestand jagen? Die Bundesregierung hingegen das Papier billigend zur Kenntnis genommen. — (jok)

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg zeigen ein beunruhigendes Veranschreiten der rechtsradikalen Parteibildung. Politiker und Wahlforschungsinstitute zeigten sich bestürzt bis ratlos. So hat die Forschungsgruppe Wahlen in ihrer Analyse der Landtagswahl (1) versucht, Erklärungen für das Abscheiden der Republikaner zu liefern:

„Auch die Republikaner haben dieses Mal vor allem von der Verägerung der Wähler über die großen Parteien profitiert, denen sie mit der Wahl der Republikaner einen gehörigen Denkzettel verpassen wollten.“ (S. 58)

„Aber auch die Republikaner schneiden mit 16 % (der konfessionslosen Wähler, d. V.) wesentlich besser ab als im Land insgesamt, was einen weiteren Beleg dafür liefert, daß die Wähler sich in ihrer Mehrheit nicht aus traditionellen CDU-Wählerschichten rekrutieren, schon gar nicht aus deren Stammwählerpotential.“ (S. 24)

„In allen Hochburgen der etablierten Parteien können die Republikaner außerordentliche Gewinne verbuchen. Besonders stark fallen sie jedoch in den SPD- und FDP-Hochburgen aus, während die in den CDU- und Grüne-Hochburgen etwas unter dem Landesdurchschnitt liegen.“ (S. 34)

„Offensichtlich ist es den Republikanern gelungen, zusätzlich Wähler zu mobilisieren, die ansonsten vielleicht der Wahl ferngeblieben wären. Dies würde auch die entgegen dem allgemeinen Trend relativ unveränderte Wahlbeteiligung erklären.“ (S. 38)

„Entgegen den Feststellungen in den vorangegangenen Kapiteln, die den Schluss nahelegen, daß die Republikaner in eher sozialdemokratisch geprägten Milieus am erfolgreichsten waren, weisen diese Zahlen eher darauf hin, daß die Republikaner doch in stärkerem Maße ehemalige CDU-Wähler für sich gewinnen könnten.“ (S. 42)

„Eine dauerhafte Etablierung der Republikaner ist aufgrund dieses Status als Protestpartei dennoch unwahrscheinlich, zumindest dann, wenn es den etablierten Parteien gelingt, durch überzeugende Problemlösungen einen Teil des verlorenen Vertrauens wieder zurückzugewinnen.“ (S. 60)

Man kann wohl sagen, daß diese Aussagen kein klares Bild ergeben. Insbesondere die — im übrigen von der Forschungsgruppe schon vor vier Jahren geäußerte — Vermutung, die Rechtsradikalen könnten sich parlamentarisch nicht dauerhaft etablieren, muß leider bezweifelt werden. Sie speist sich aus der Idee, die Rechtsradikalen seien „aus Protest“ gewählt worden. Die Ergebnisse der Befragung von 7435 Menschen am Wahltag, die sicher einige Verzerrungen aufweisen, ergeben doch andere Trends:

1. 85 % derjenigen, die 1988 Republikaner gewählt haben, geben an, dies 1992 auch getan zu haben. Dieser Wert ist bei den anderen Parteien deutlich niedriger (CDU 74 %, SPD 77 %, Grüne 60 %, FDP 54 %).

2. Die Frage, was Republikanerwähler 1988 gewählt haben, ergab: CDU 42 %, SPD 26 %, Grüne 4 %, FDP 3 %, Republikaner 9 %, andere 5 %, nicht gewählt 11 %.

3. Bei den befragten Katholiken (vgl. Tabelle 2) hat die CDU einen Stimmen-

# Landtagswahl Baden-Württemberg Hinweis auf soziale Umbildungen

anteil von 48,4 % — nur in dieser Gruppe hat sie eine stabile Mehrheit. Genaue Befragung ergab, daß diese Mehrheit nur von jenen Menschen getragen wird, die jeden Sonntag oder zumindest ab und zu die Kirche besuchen. Bei regelmäßigen Kirchgängern bringt es die CDU auf 75 %, die Republikaner nur auf 4 %, während dagegen Katholiken, die nie in die Kirche gehen, nur zu 33 % CDU, aber zu 12 % Republikaner wählen.

Meiner Ansicht nach deuten diese Ergebnisse auf eine echte Neubildung sozialer Schichten in der BRD-Gesellschaft hin. In den letzten Jahren ist die bürgerliche Politik gegenüber den Randgruppen der Gesellschaft und armen Bevölkerungsschichten, gegenüber Ausländern und anderen Ländern immer brutaler geworden. Andere Schichten profitieren von dieser Politik. Eine solche Po-

ist diese Erosion der Normen Ursache und Voraussetzung. Die Wähler der Republikaner kommen zu einem großen Teil aus Bevölkerungskreisen, die nicht über stabile — aus Lebenserfahrung gewonnene — Wertnormen verfügen. Die Wahlergebnisse bei den Menschen über 60 entsprechen noch in etwa den bisherigen Wahlergebnissen. Die mit „Krise der Volksparteien“ beschriebene Entwicklung spielt sich vornehmlich bei der Jugend ab, wo ein Viertel aller zur Wahl gegangenen Menschen unter 25 Jahren rechtsradikal gewählt haben.

In den Medien und in Stellungnahmen der großen Parteien wurde nach der Wahl vor allem gefaßt, daß sich die Politik der von den Republikanern angebrochenen Probleme widmen müsse, um Wähler zurückzugewinnen. Das wäre aber fatal: Viele Forderungen der Rechtsradikalen auf dem Sektor

kaner gerechnet hat (eingeschlossen die Partei selbst), weist auf massive Erkenntnisprobleme hin. Die Wähler der Rechtsradikalen sind keine „Protestwähler“, sondern — wie die Wähler anderer Parteien — wollen sie mit unterschiedlicher Entschlossenheit erreichen, daß die von der gewählten Partei vertretene Politik umgesetzt wird.

Es ist auf keinen Fall wünschenswert, daß die Diskussion der nächsten Zeit sich z. B. ausschließlich darum rankt, mit welchen staatlichen oder außerstaatlichen Gewaltmitteln der absehbaren Jugendbandenkriminalität begegnet werden kann. Es ist anzunehmen, daß die Anhangbildung der Rechtsradikalen hauptsächlich in einem definierbaren sozialen Umfeld stattfindet. Dahn deutet die krassen Unterschiede der Wahlergebnisse nach verschiedenen sozialen Faktoren. Es scheint weiterhin ein ge-

wisses lokales politisches Klima für eine solche Parteibildung günstig bzw. erforderlich zu sein. Dahn deutet die krassen Unterschiede der Ergebnisse nach Wahlkreisen, die wahrscheinlich nicht nur darauf zurückzuführen sind, daß wegen anderer sozialer Zusammensetzung der Wählerschaft die Stimmen ausbleiben, und die sich fast in gleicher Weise schon bei den Landtagswahlen 1988 gezeigt hatten.

Um diesen Parteibildungsprozeß zu stoppen, ist es auch erforderlich, zu untersuchen, wie, mit welchen Mitteln und Medien die Selbstverständigung und Aufhetzung von Wählerschichten stattfindet. Es ist zu befürchten, daß oppositionelle Politik diesen Prozeß nicht einmal ansatzweise erreicht und öffentlich stören kann, weil er in Gefilden stattfindet, die der Analyse und dem Einfluß linker Politik bisher entzogen sind.

Quellen: 1) „Wahl in Baden-Württemberg — eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992“. Herausgeber von der „Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim“. Bericht Nr. 67 vom 9.4.1992. Bezugssadresse: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Postfach 10 11 21, 6800 Mannheim 1. Alle Tabellen auf dieser Seite sind dieser Analyse entnommen. — (tob)



PDS-Kundgebung am 3.10.91 in Berlin. Bild: af/mz

litik brutalisiert auch das Denken und Handeln vieler Menschen. Wenn die bürgerliche Regierung Asylbewerber wie Vieh behandelt, über 10 % der Bevölkerung unter den Sozialhilfesatz drückt, einen anderen Staat annexiert und über den Einsatz deutscher Truppen in aller Welt nachdenkt, dann steht diese Politik in Widerspruch zu einigen bürgerlichen und christlichen Wertnormen.

Für die rechtsradikale Parteibildung

Deutschland- und Ausländerpolitik sind seit 1989 weitgehend durch die Regierungspolitik erfüllt worden. Dies hat offensichtlich keineswegs zu einer Schwächung der Rechtsradikalen geführt — das Gegenteil ist eingetreten.

Eine Schwächung der rechtsradikalen Parteien kann wahrscheinlich nur erreicht werden, wenn die Verrohung der bürgerlichen Politik aufgehalten wird. Die dazu erforderliche parlamentarische Mehrheit kann sicher dann zustande kommen, wenn endlich alle Bürger — unabhängig von der Staatsangehörigkeit — Wahlrecht erhalten, wie sonst?

Ein völlig offenes Problem ist, mit welchen Maßnahmen der tiefen Spaltung und Entsolidarisierung in der Gesellschaft entgegengetreten werden kann. Wie können die — in ihrer Kontur vorhandenen, aber noch kaum zu lokalisierenden — Schichten erreicht werden? Daß eigentlich niemand mit einem dermaßen hohen Ergebnis für die Republi-

## Wahlentscheidung in sozialen Gruppen

Zeilen-Prozentwerte	CDU	SPD	Grüne	FDP	REP	andere
Wahlergebnis	39.6	29.4	9.4	5.9	10.9	4.8
<i>nach Geschlecht</i>						
männlich	38.4	28.7	8.9	5.7	13.7	4.5
weiblich	40.7	30.0	10.4	6.2	7.7	5.0
<i>nach Alter</i>						
18-24 Jahre	27.2	23.7	19.0	5.7	16.1	8.3
25-34 Jahre	28.5	32.0	16.5	4.9	13.1	5.0
35-44 Jahre	32.8	32.7	12.5	5.8	11.2	5.0
45-59 Jahre	42.9	28.0	6.6	6.9	11.9	3.7
60 Jahre und älter	51.1	29.0	3.0	5.8	6.7	4.4
<i>nach Alter und Geschlecht</i>						
-24 Jahre männlich	29.4	22.6	16.3	4.9	18.6	8.2
-24 Jahre weiblich	25.1	24.9	22.1	6.4	13.0	8.5
-34 Jahre männlich	28.6	29.6	15.1	5.6	16.4	4.7
-34 Jahre weiblich	28.9	34.3	18.0	4.4	8.9	5.5
-44 Jahre männlich	32.7	34.9	9.8	5.6	13.0	4.0
-44 Jahre weiblich	33.5	30.5	14.8	6.3	8.9	6.0
-59 Jahre männlich	41.0	29.2	5.7	6.5	14.5	3.1
-59 Jahre weiblich	45.0	27.0	7.8	7.5	8.1	4.6
60 Jahre u. älter männlich	51.9	25.5	3.5	5.7	8.7	4.7
60 Jahre u. älter weiblich	51.5	31.3	2.9	6.2	4.8	3.3
<i>nach Berufstätigkeit</i>						
berufstätig	34.8	30.0	10.6	5.8	14.0	4.8
Rentner	48.0	31.9	2.6	5.8	7.4	4.3
in Ausbildung	26.6	24.6	26.5	7.2	7.9	7.2
arbeitslos	39.2	22.0	11.8	3.8	17.2	6.0
<i>nach Berufsgruppe</i>						
Arbeiter	33.8	32.7	6.1	2.3	19.4	5.7
— einfacher Arbeiter	34.6	33.0	4.7	2.1	20.3	5.3
— Facharbeiter	32.9	32.5	7.6	2.5	18.5	6.0
Angestellte	36.4	32.4	11.5	5.8	9.9	4.0
Beamte	32.9	33.4	13.7	7.6	6.7	5.7
Landwirte	61.4	4.9	3.7	14.1	9.9	6.0
Selbständige	49.9	13.0	9.2	11.9	10.0	6.0
<i>nach Gewerkschaftsmitgliedschaft</i>						
Mitglied	26.5	41.2	8.9	2.5	16.6	4.3
kein Mitglied	41.5	26.7	10.0	6.9	9.8	5.1
<i>nach Konfession</i>						
katholisch	48.4	24.8	8.1	4.6	9.9	4.2
evangelisch	33.7	32.9	9.4	7.6	11.1	5.3
keine	17.5	36.9	21.3	4.6	15.8	4.2

## Wahlentscheidung 1992 im Vergleich mit 1988

CDU	SPD	Grüne	FDP	1988 Wähler von ...		
				REP	andere	nicht w. ber.
hat 1992 gewählt:						
CDU	73.6	3.7	3.5	19.3	4.7	8.5
SPD	8.0	77.1	23.4	10.5	4.5	9.7
Grüne	3.0	6.6	59.6	6.8	1.4	9.2
FDP	3.5	1.7	2.2	53.9	0.4	0.8
REP	8.6	8.2	4.7	4.4	85.8	12.5
andere	3.3	2.7	6.6	5.1	3.2	59.3
nicht 1992 gewählt:						
CDU	90.7	13.2	14.9	29.0	39.2	36.0
SPD	2.7	74.8	19.1	8.6	22.1	17.2
Grüne	0.8	6.6	51.6	3.1	3.6	12.4
FDP	2.9	2.1	4.2	55.3	2.5	6.7
REP	0.4	0.5	0.5	0.2	26.6	2.4

**A**m Sonntag, den 5. April, trat der peruanische Präsident um Mitternacht im Fernsehen auf und kündigte die „zeitweilige“ Auflösung des Parlaments und die Bildung einer Notstandsregierung an. Die Streitkräfte besetzten die wichtigsten öffentlichen Gebäude, Radio- und Fernsehstationen und andere strategische Punkte in Lima. Viele Parlamentarier, Journalisten, Politiker und Gewerkschaftsführer wurden in dieser Nacht verhaftet. Nach 20 Monaten an der Spitze der Regierung führt Fujimori also nun einen Putsch durch. Auf internationaler Ebene begnügten sich die Regierungen, mit einigen Ausnahmen, die Situation zu „bedauern“ und „eine schnelle Rückkehr zur Demokratie zu wünschen“. Wenige Stunden danach erklärte die Presse, daß 73 % der Peruaner den Putsch „gutheißen“ würden.

„Die Peruaner haben die Katastrophe und die Korruption der Gerichte und Politiker satt, sie unterstützen den Putsch Fujimoris“ (*El País*, 12. 4. 92). Mit ähnlichen Argumenten versucht die Peruanische Bischofskonferenz den Putsch zu „verstehen“ und ruft zu einem effizienteren antisubversiven Kampf auf. Am Montag, dem 13. April, „beklagte“ die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf ihrer außerordentlichen Sitzung den Putsch, aber verurteilte ihn nicht; sie vertagte jegliche weitere Entscheidung bis zum 23. Mai. Das bedeutet eine Frist von 40 Tagen zur „Legitimierung“ der neuen Regierung. Damit wird auf internationaler Ebene die peruanische Regierung zu einer „guten Diktatur“ und Fujimori nach gut populistischer Manier der hochmoralische Retter, den der Imperialismus und die peruanische Reaktion benötigen. US-General Scowcroft, Präsidentschaftsberater

# Chronik eines angekündigten Putsches – Krise des bürokratischen Kapitalismus

in Fragen der nationalen Sicherheit: „Die Situation in Peru ist besonders schwierig, weil Fujimori gerade die Maßnahmen durchzuziehen versucht, die wir gerne dort durchgeführt sehen würden; er versucht den Kokaanbau zu verringern, die Wirtschaft zu reformieren und all das.“ Die argentinische Regierung: „Die OAS muß die von Fujimori versprochene Demokratisierung überwachen.“

Die neue „Notstandsregierung für den Nationalen Wiederaufbau“ hat ihre Ziele offengelegt: 1) Erarbeitung einer neuen Verfassung; 2) Restrukturierung der Rechtssprechung; 3) Restrukturierung des Parlaments; 4) „Befriedung“ des Landes; 5) Anti-Drogenkampf; 6) Säuberung des öffentlichen Verwaltungsaparats von Korruption; 7) Förderung der Marktwirtschaft innerhalb eines „rechten“ Rahmens, der den Investoren Sicherheit gibt. Es ist ein Volksentscheid in sechs Wochen vorgesehen, die neue Verfassung soll innerhalb von sechs Monaten und das neue Parlament innerhalb von 18 Monaten stehen.

## Der Staat, der Putsch und der Volkskrieg

Am 28. Juli 1990 trat Fujimori sein Amt an, inmitten der größten Krise, die Peru jemals erlebt hat. Diese Krise ist Ausdruck des überholten Parteiensystems der repräsentativen Demokratie, des reaktionären Staates und des bürokrati-

schen Kapitalismus, der Form von Kapitalismus, welche sich in den halbfeudalen und halbkolonialen Ländern unter imperialistischer Herrschaft entwickelt. Die ersten Keime des Kapitalismus treten in Peru im 18. Jh. auf; er bekommt einen Auftrieb um die Mitte des 19. Jahrhunderts unter der englischen Herrschaft und muß die Folgen des Salpeterkrieges von 1879 verwinden. Er nimmt Formen des bürokratischen Kapitalismus ungefähr ab 1895 an und entwickelt sich bis 1945 weiter. Von 1945 bis 1980 prägt er sich immer stärker aus, vor allem während der Diktatur von Velasco Alvarado (1968–1980). Die Großbourgeoisie und die Landbesitzer verwenden den Staatsapparat als ökonomischen Hebel, benutzen ihn wie ihr Eigentum. Ab 1980 beginnt der Verfall des Kapitalismus durch die Zuspitzung seiner internen Krise sowie durch den Beginn des Volkskrieges.

Die Regierung der APRA endet im Jahre 1990 mit einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe: die jährliche Inflationsrate beträgt 5000 %, die Produktion fällt um 24 %; damals kontrollierte die PCP schon 40 % des Landes. Fujimori, ein Technokrat des mittleren Bürgertums, Ex-Präsident der Nationalen Rektorenkonferenz und autoritärer Populist, kommt mit einem Wirtschaftsprogramm der Großbourgeoisie ans Ruder und umgibt sich mit Beratern, die an nordamerikanischen Universitä-

ten ausgebildet wurden und mit ehemaligen Funktionären der Militärdiktatur. Mit ein paar populistischen Parolen und der Unterstützung der APRA sowie der parlamentarischen Linken konnte er den Schriftsteller Mario Vargas Llosa besiegen. Seit dem ersten Augenblick seiner Macht stützt er sich auf das Militär und den US-Imperialismus.

Das peruanische Großbürgertum, der US-Imperialismus und der neue Präsident legten drei Ziele fest: 1) Wiederaufbau des peruanischen Staates; 2) Aufschwung des bürokratischen Kapitalismus und 3) Niederschlagung des Volkskrieges. Auf der politischen Ebene kam es zu einem konstanten Konflikt zwischen den drei Staatsgewalten, zwischen der Exekutive, dem Parlament (dem „größten Zirkus aller Zeiten“) und der Rechtsprechung; ein Chaos von Gesetzen, immer stärkere Zergliederung des Staates und fast die absolute Macht für das Militär, das sind Merkmale dieser Situation.

Auf ökonomischer Ebene wurde das neoliberalen Modell und das Wirtschaftsprogramm des IWF angenommen, in Übereinstimmung mit der weltweiten konterrevolutionären Offensive des Imperialismus und des Revisionismus; das hieß drastische Lohnkürzungen, Aufhebung erkämpfter Rechte, massive Entlassungen, höhere Steuern, Verfall des Schul- und Gesundheitswesens, offizielle Geldwäscherei, Privatisierung aller Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, große Finanzspekulationen; das hat natürlich Folgen: ausgedehnte Streiks, Epidemien, Zusammenbruch der gesamten Produktion in Industrie wie auch in der Landwirtschaft, 70 % aller Peruaner im Zustand absoluter Armut, Anstieg der Inflation und Kapitalwanderung in imperialistische Länder. Was den Volkskrieg betrifft, so tritt er in eine neue Etappe, die des strategischen Gleichgewichts ein, in der nun der Bewegungskrieg entfaltet wird; die Volkskomitees und die Stützpunkte entwickeln sich, es werden intensive Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand in den Städten getroffen und die Massen durch bewaffnete Streiks mobilisiert, wie der vom 14. Februar in Lima, welcher die ganze Hauptstadt lahmlegte. All das geschieht mit Blick auf die zukünftige Machtübernahme im gesamten Land. Die Regierung setzt ihre Politik der Massenmorde und des „Krieges ohne Gefangene“ fort, indem sie konterrevolutionäre Banden aufstellt und die militärische Intervention der US-Streitkräfte verstärkt. Als Vorwand dafür benutzt sie immer noch den Anti-Drogenkrieg, aber bis jetzt sind alle Pläne des „low intensity warfare“ gescheitert; die Partisanenarmee

des Volkes wächst immer mehr und verzettelt den reaktionären Streitkräften und paramilitärischen Verbänden entscheidende Schläge, erbeutet von ihnen immer mehr Waffen und führt zu massiven Desertionen in ihren Reihen. In den Städten wächst der Einfluß der PCP innerhalb der Gewerkschaften, der Stadtorganisationen, Bildungszentren usw. vor allem durch ihre Massenorganisationen; hier wird auch der Revisionismus bekämpft, der konterrevolutionäre Aktivitäten wie die Organisation bewaffneter Banden gegen die PCP entfaltet. Der Revisionismus hat nicht nur kapituliert, sondern er hat sich ganz auf die Seite der Reaktion geschlagen.

Zusammenfassend ergibt sich daraus, daß die Reaktion mit all ihren Plänen gescheitert ist. Das verändert allerdings auch die Bedeutung und das Gewicht des stattgefundenen Putsches: Die Großbourgeoisie und ihr reaktionärer Staat setzen damit ihre Existenz aufs Spiel.

Die politische und wirtschaftliche Krise des Imperialismus in Lateinamerika führt dazu, daß der Fall Peru besondere Bedeutung erhält: Laut UNO-Berichten leben in Lateinamerika 183 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze (40 %), die Kindersterblichkeit ist sprunghaft gestiegen, so auch die Epidemien und der soziale Verfall. Trotz eines Anstiegs von 2,7 % des BSP im letzten Jahr stöhnen alle Länder unter der Bürde neoliberaler Politik und die soziale Lage wird immer explosiver. Nach Venezuela und Haiti werden Putsch-Symptome auch in Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador und Kolumbien sichtbar. Ende März dieses Jahres erschien in der *New York Times* ein Artikel, in welchem die Notwendigkeit einer interamerikanischen Militärstreitkraft erklärt wurde, um die Demokratien vor terroristischen Bewegungen zu „schützen“. Bernard Aronson, Staatssekretär für interamerikanische Politik, sagte am 12. 3. 92 in einer Rede vor dem US-Kongress, daß die PCP begonnen hat, ihre maoistische Ideologie nach Ecuador und Bolivien zu exportieren; weiterhin hieß es: „Wenn die USA und andere demokratische Länder die Militärhilfe für Peru nicht unterstützen, könnte Sendero Luminoso im Jahre 1997 an der Macht sein“.

Gegenwärtig hat das Militär die politische Macht übernommen, hat auch die Kontrolle über die Gefängnisse, in denen sich politische Gefangene befinden, und es werden dort erneute Angriffe und Massenmorde erwartet. Das Parlament hat einen neuen „rechtsmäßigen Präsidenten“ im Untergrund gewählt; die PCP führt ihre Pläne weiter durch; in ganz Südamerika wird eine Welle von Diktaturen befürchtet. — (AKM)



„Zivilverteidigungsgruppen“ der Regierung: Terrorgruppen für den Bürgerkrieg

Die Parlamentswahl vom 5./6. April hat die italienische Regierungskoalition geschwächt, aber das rechte Lager insgesamt gestärkt. Die Koalition aus Christdemokratischer, Sozialistischer, Sozialdemokratischer und Liberaler Partei ist von 53,5 % der Stimmen bei der Wahl 1987 auf 48,8 % gerutscht (hier und im folgenden jeweils die Ergebnisse für die Abgeordnetenkammer, die Ergebnisse beim Senat sind ähnlich). Am stärksten hat dabei die Christdemokratie verloren (von 34,3 auf 29,7 %), ist aber dennoch mit Abstand stärkste Partei geblieben. Bei den Sitzen hat die Koalition aufgrund des Wahlsystems mit 331 von 630 Mandaten die Mehrheit behalten. Dennoch wird allgemein — auch in den Regierungsparteien selber — davon ausgegangen, daß die bisherige Koalition nicht einfach weiterregieren kann, sondern eine größere Regierungsmehrheit suchen muß. Verhandlungen zwischen der Koalition und anderen Parteien sind im Gange.

Die stärksten Stimmenverschiebungen hat es zu den Ligen hin gegeben. Sie haben im Landesdurchschnitt 8,7 % der Stimmen und 55 Abgeordnetensitze erhalten gegenüber 0,7 % und einem Sitz 1987. Obwohl solche regionalen Listen auch in der Mitte, im Süden und auf den Inseln antraten, kommen ihre Stimmen doch fast nur aus dem hochentwickelten Norden. Dort sind sie mit 17,2 % zweitstärkste Partei geworden, in der Mitte sind sie nur auf 1,6 % gekommen, im Süden auf 0,3 % und auf den Inseln auf 0,2 %. In der Finanzmetropole Mailand

# Mit der Lega Lombarda wächst das rechte Lager in Italien

und in anderen Städten des Nordens ist die Lega vor den Christdemokraten stärkste Partei geworden.

Die Stimmenverschiebungen sind in diesen Gebieten, ganz im Unterschied zum Süden und zur Mitte, äußerst groß. Die Wahlforschungsinstitute teilen mit, daß die Veränderungen seit der Wahl von 1987 nicht so groß gewesen seien. In Städten wie Bergamo, Cuneo oder Como hätten mindestens die Hälfte der Wähler — verglichen mit der 1987er Wahl — die Partei gewechselt. Die Lega habe dabei aus allen politischen Richtungen Stimmen erhalten, am stärksten von den Christdemokraten (etwa ein Viertel der Lega-Stimmen) und von Wählern des früheren PCI (knapp ein Fünftel). Außerdem habe sie in größerem Umfang frühere Nichtwähler mobilisiert.

Dieser Erfolg des Legismus ist der langjährigen Regierungspolitik bei der regionalen und sozialen Aufspaltung des Landes geschuldet. Die Lega Lombarda, die seit 1990 Wahlerfolge erzielt, tritt nicht mit einem detaillierten Programm an und strebt die Ausarbeitung eines solchen Programms auch nicht an. Sie sammelt ihren Anhang mit wenigen politischen Zielen und Schlagwörtern: gegen die „partitocrazia“, die Parteien-

herrschaft über staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, die den Bürgern aussage und ihm dafür einen teuren und ineffizienten Apparat bieten; gegen den Zentralstaat in Rom, der die Ressourcen des Nordens für sich selber und für den zur Entwicklung unfähigen italienischen Süden verschleudere; gegen die ausländischen Zuwanderer und Flüchtlinge vor allem aus Afrika, die auch in die Städte des Nordens kommen. Die Lega Lombarda/Lega Nord fordert die Dreiteilung des Landes in Norden, Mitte und Süden und die Herstellung einer Art Konföderation zwischen diesen Teilen.

Hintergrund dieser Forderung ist die krasse Nord-Süd-Spalten des Landes, die seit der Staatsgründung besteht und sich in der letzten Zeit wieder verschärft. Über einen langen historischen Zeitraum hat der Zentralstaat in Rom die Ressourcen des Landes und damit auch des Südens für die Entwicklung des Nordens eingesetzt. Das hohe wirtschaftliche Entwicklungsniveau im Norden wurde mit der Rückständigkeit des Südens bezahlt. Die staatlichen Entwicklungspolitiken der letzten Jahrzehnte für den Süden haben dort die Probleme nicht gelöst. Sie haben im Süden einer-

seits zu einer Klientelwirtschaft geführt. Andererseits hat die Konzentration auf wenige Ansiedlungen der Stahl-, Petrochemie- und Autokonzerne nur zu kleinen industriellen Inseln geführt, die heutzutage in der Krise stecken und den Verfall in der Breite nicht hemmen konnten. Die Folgen dieser regionalen und sozialen Spaltung werden, verstärkt durch die derzeitige Rezession, auch im Norden spürbar. Die Abgabenbelastung steigt, der Druck auf dem Arbeitsmarkt wächst. Die Lega propagiert die Lösung der wirtschaftlichen Probleme durch die Sezession des Nordens und durch die Unterdrückung der Zuwanderung. Ihre Politik der extremen Konkurrenz zwischen Regionen und Nationalitäten wirkt einer planmäßig ausgleichenden, alle Regionen entwickelnden Politik entgegen und forciert die Spaltungspolitik der Regierung.

Derzeit ist unklar, wie die Regierungsbildung verlaufen wird. Die bisherige Koalition verhandelt mit der Demokratischen Partei der Linken (PDS), die auf 16,1 % gefallen ist (PCI 1987: 26,6 %), mit den Grünen (2,8 %) und der Republikanischen Partei (4,4 %). Wie diese Verhandlungen auch ausgehen, sind die Aussichten für eine antifa-

schistische Politik gegenüber dem wachsenden rechten Lager nicht gut. Auf sozialem Gebiet ist eine Initiative gegen die wachsende gesellschaftliche Spaltung auch beim PDS nicht in Sicht. Auf politischem Gebiet drohen reaktionäre Verfassungsänderungen in Richtung eines Präsidialsystems und eine Wahlrechtsänderung. Auch der PDS unterstützt die Ersetzung des derzeitigen strengen Verhältniswahlsystems durch ein Mehrheitswahlsystem, das zur Ausschaltung oppositioneller Kräfte aus dem Parlament führen würde. Das Wahlergebnis erleichtert die sozial marktakademischen und politisch undemokratischen Bestrebungen.

Gegen den Eintritt des PDS in die Regierung, für eine konsequente Oppositionspolitik der linken Kräfte tritt die Partei der kommunistischen Neugründung (PCR) ein. Ihr Wahlergebnis lag mit 5,6 % (Senat: 6,5 %) über den allgemeinen, auch den eigenen, Erwartungen. Anscheinend hatte der faktische Bündnischarakter der neuen Partei eine gewisse mobilisierende Wirkung. Der PCR setzt sich zwar vor allem aus verschiedenen linken Strömungen des Ex-PCI zusammen. Es sind aber auch übriggebliebene Kräfte anderer Organisationen vertreten, die sich in Opposition zum PCI gebildet hatten (Democrazia Proletaria, Reste von Lotta Continua oder von ML-Organisationen). Wahlanalysen besagen, daß nicht nur bisherige PCI-Wähler, sondern auch frühere Nichtwähler zu dem Ergebnis beigetragen haben. — (rok)

# Großbritannien: Wahlsieg für Major

Mit einer erneuten absoluten Mehrheit für die Konservative Partei haben die britischen Parlamentswahlen geendet. In den englischen Wahlkreisen verloren die Konservativen nur geringfügig (minus 0,8 Prozent auf 45,5 % gegenüber 33,9 Prozent für Labour (+4,4 %) und 19,2 Prozent für die Liberalen (minus 4,6 %)). In Schottland konnten die Konservativen sogar dazugewinnen. Sie stiegen ihren Stimmenanteil von 24,1 auf 25,7 Prozent, während Labour von 42,4 auf 39 Prozent verlor. Drittstärkste Partei wurden hier die schottischen Nationalisten mit 21,5 %.

In Nordirland verlor der Vorsitzende von Sinn Fein, Gerry Adams, sein 1987 gewonnenes Mandat für West Belfast. Die reaktionäre Siedlerorganisation „Ulster Defence Association“ hatte Protestanten aufgerufen, „aus taktischen Gründen“ für die (gegen die IRA auftretende und mit der britischen Besatzung zusammenarbeitende) „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ SDLP zu stimmen. Die SDLP erhielt so 600 Stimmen mehr als Adams. Die für Sinn Fein abgegebenen Stimmen blieben konstant: In West Belfast erhielt die Partei erneut etwa 17000 Stimmen, in ganz Nordirland über 78000 Stimmen.

Die Strategie der Labour-Partei,

durch Unterdrückung gewerkschaftlicher Positionen in der Partei und Übernahme von reaktionären Wirtschaftsgrundzügen von den Liberalen und Konservativen zu gewinnen, ist damit erneut gescheitert. Gescheitert sind auch die von Labour und Liberalen angekündigten Pläne für eine Wahlrechtsreform und eine Stärkung der Rechte der Regionen.

Wahlsieger Major hat derweil eigene Schwerpunkte angekündigt: Beschleuniger Verkauf von öffentlichen Mietwohnungen an die Mieter, Privatisierung der Bahn, ein restriktiveres Asylgesetz. Der neue Industrieminister Heseltine gilt als „Interventionist“, d. h. er ist durchaus bereit, mit Staatsmitteln britischen Konzernen direkt in ihren Konkurrenzschlachten unter die Arme zu greifen. Neuer Nordirlandminister wurde der frühere Generalstaatsanwalt der Kolonie, der jetzt zusammen mit mehreren zu Staatssekretären avancierten Armee-Offizieren die Kolonie beherrschen soll. Er gilt als „scharfer Hund“, in der britischen Presse wird sogar von Überlegungen in der Regierung gesprochen, die berüchtigten „Internment“-Bestimmungen, die die Internierung von „Verdächtigen“ ohne Gerichtsurteile erlauben, wieder in Kraft zu setzen. — (rül)

# Vorwände für Sanktion gegen Libyen wanken

In verschiedenen Medien Großbritanniens und der USA werden inzwischen starke Zweifel geäußert, daß die Vorwände für die von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen Libyen zu halten sind. So berichtet das US-Nachrichtenmagazin *Time*, daß nicht die bisher verdächtigen beiden Libyer, deren Auslieferung mit dem Luftfahrtembargo erzwungen werden soll, für das Flugzeugattentat von Lockerbie verantwortlich waren, sondern syrische Drogenhändler mit Verbindungen zum US-Geheimdienst. Tatsächlich geht es den Nato-Staaten USA, Großbritannien und Frankreich, auf deren Betreiben der UNO-Sicherheitsrat das Embargo beschlossen und in Kraft gesetzt hat gegen die Stimmenthaltung von fünf der fünfzehn Mitglieder des Sicherheitsrates, nicht um die Aufklärung des Flugzeugattentates, bei dem 1988 270 Menschen umkamen. Libyen hatte mehrfach angeboten, zur Aufklärung beizutragen: zunächst Einreise ausländischer Richter zur Vernehmung, dann das Angebot, die Beschuldigten der Arabischen Liga zu überstellen und zuletzt schließlich, sie nach Malta auszuliefern, das dann seinesfalls über eine Auslieferung an die USA oder ein anderes Land frei ent-

scheiden könnte. Ziel der Nato-Staaten ist die politische Isolierung Libyens. Dieses Vorgehen gelingt allerdings nicht so leicht wie beim Golfkrieg gegen den Irak. In den Ländern der Dritten Welt, insbesondere in den arabischen Ländern, wächst die Kritik an dem Mißbrauch der UNO durch die Nato-Staaten. Beim Internationalen Gerichtshof, der eine einstweilige Anordnung, mit der Libyen das Inkrafttreten der Sanktionen verhindern wollte, am 14. April zwar mit 11 von 16 Stimmen ablehnte, stimmten aber Algerien, Ägypten, Sri Lanka, Madagaskar und Nigeria für Libyen. Der algierische Richter erklärte, im Hauptsacheverfahren ginge es nun um die grundsätzliche Frage, ob die Forderung nach Auslieferung der libyschen Staatsbürger durch ihr eigenes Land mit dem internationalen Recht vereinbar sei. Libyen scheint der Konfrontation, so weit ohne Aufgabe seiner Rechtsposition möglich, ausweichen zu wollen: Der Anwalt der Beschuldigten erklärte nach dem Inkrafttreten der UNO-Sanktionen, seine Mandanten seien auch bereit, sich bei Zusage von Prozeßgarantien einem Gerichtsverfahren in den USA oder Großbritannien zu unterwerfen. *NZZ*, 17./18. 4. — (alk)

# Reaktionäre Kritik an Anti-Rassismus-Gesetz

Am 2. März 1992 hat der Schweizer Bundesrat beschlossen, nach langen Jahren des Internationalen Übereinkommens vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung beizutreten. Dieses bislang von 128 Ländern unterzeichnete Abkommen macht in der Schweiz den Erlass einer neuen Strafvorschrift erforderlich, die es ermöglichen soll, das Diskriminierungsverbot juristisch durchzusetzen.

Diese Vorstellung ist reaktionären Kräften offenbar ein Dorn im Auge. Die großbürgerliche *Neue Zürcher Zeitung* gab in ihrer Ausgabe vom 31. 3. einem Professor Karl-Ludwig Kunz Gelegenheit, ausführlich gegen die zu erwartenden Konsequenzen zu polemisieren. Kunz behauptet zwar, das Ziel der Bekämpfung des Rassismus zu teilen, argumentiert jedoch im Kern für eine weitgehende Verwässerung der Strafvorschriften: „In der wohlgemeinten Absicht, Diskriminierungen umfassend strafrechtlich zu erfassen, wird dem Strafrecht eine Aufgabe aufgebürdet, die es so rechtsstaatlich schwer bewältigen kann.“ Der Versuch des Professors, den Beweis für diese Behauptung anzu-

treten, fällt wenig überzeugend aus. So kritisiert er, daß der Gesetzentwurf öffentliche Aufrufe zu „Haß oder Diskriminierung“ unter Strafe stellt. „Um die rassistische Hetze, den Kernbereich strafwürdigen Verhaltens, zu erfassen, genügt das Merkmal „Haß“, zu dem man, wie bei Gefühlen schlechthin, nicht „aufrufen“, sondern den man etwa schüren kann. Das Aufrufen zu Diskriminierung hat daneben keine eigenständige Bedeutung.“ Von derartiger Qualität ist die ganze Beweisführung. Dabei geht es Kunz in allen Fällen darum, den Rassismus als Straftatbestand wegzubekommen. So auch, wenn er kritisiert, das sich strafbar macht, „wer öffentlich ... eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse oder ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe in ihrer Menschwerde angreift ...“ Bislang, so Kunz, galten nur spezifische Aspekte der Menschenwürde wie körperliche Unverschämtheit, Ehre, Eigentum als schutzwürdig. Das soll für ihn auch so bleiben, angeblich weil sich sonst eine „weite Grauzone unklarer Beurteilungen“ eröffne. — (jug)

## Internationale Umschau



Etwa 10800 Lohnabhängige des US-Landmaschinenkonzerns Caterpillar streiken seit dem 3. November vergangenen Jahres in Caterpillar-Werken in vier verschiedenen US-Bundesstaaten, um den Konzern zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit Lohnerhöhungen zu zwingen. Der Konzern weigert sich, einen vergleichbaren Abschluß der Automobil-Gewerkschaft UAW bei dem zweiten großen US-Landmaschinenkonzern, John Deere, zu übernehmen. Stattdessen will die Konzernleitung von der Gewerkschaft zahlreiche Konzessionen. Am 22. März protestierten etwa 20000 UAW-Mitglieder und Mitglieder anderer Gewerkschaften auf einer Solidaritätskundgebung mit den streikenden Caterpillar-Belegschaften gegen die Lohnenkungspläne des Konzerns (Bild). — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

### Neues Landgesetz in Simbabwe

Das Parlament hat ein Landenteignungsgesetz verabschiedet, mit dem etwa die Hälfte des derzeit in den Händen von weißen Farmern befindlichen Landes neuverteilt werden soll. Die Farmer können die zugesprochene Entschädigung vor Gericht anfechten. Zwölf Jahre nach der Unabhängigkeit sind in Simbabwe immer noch rund ein Drittel der Gesamtfläche im Besitz von 4500 fast ausschließlich weißen Großfarmern; von den 160000 schwarzen Familien, die auf ehemals weißem Land ansiedeln wollen, konnten bisher nur 60000 durch freiwilligen Landverkauf ein Auskommen finden. Die Entschädigungszahlungen für die jetzt vorgesehenen Enteignungen erfolgen in einheimischer Währung und können bis zu fünf Jahren aufgeschoben werden. *NZZ*, 25. 3. — (alk)

### Brasilien: Kirchenprotest gegen Indianerausrottung

Der Indianer-Missionsrat, eine Einrichtung der brasilianischen Bischofskonferenz, hat für 1991 eine weitere Zunahme der Gewalt gegen die rund 250000 Indianer im Land festgestellt. Mindestens 27 Indianer wurden im vergangenen Jahr ermordet, fast ausschließlich von Großgrundbesitzern und Siedlern in Konflikten um Land und Jagd sowie von Goldgräbern. Lediglich zwei Verdächtige wurden verhaftet. Bei Stämmen, die in zu kleinen Reservaten eingepfercht sind, ist die Selbstmordrate hoch. Die Regierung müsse endlich den Schutz der Indianer garantieren. *NZZ*, 2. 4. — (alk)

### Vertrag über Europäischen Wirtschaftsraum jetzt gültig

Der Europäische Gerichtshof hat jetzt die revidierte Fassung des Vertrages über die Gründung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) zwischen der EG und den sieben EFTA-Staaten grundsätzlich gebilligt. Die EFTA-Staaten mußten gegenüber dem ursprünglich ausgetauschten Vertrag Zugeständnisse bei den Schlichtungsverfahren machen: Nun gilt, daß alle Entscheidungen nicht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, eine EG-Institution, widersprechen dürfen. Aus der Schweiz kamen dennoch zustimmende Äußerungen. Bundesrat Delamuraz, zuständig für Wirtschaft, erwartet nun, wenn im kommenden Jahr die Volksabstimmung positiv verläuft, nicht nur Vorteile für die Schweizer Konzerne durch Zugang zum EG-Binnenmarkt, sondern „quasi automatisch einen kräftigen Liberalisierungs- und Deregulierungsschub“, der dann auch die Grundlage zum Beitritt in die EG schaffen würde. Alle Regierungsparteien, einschließlich den Sozialdemokraten, begrüßten das Urteil zum EWR-Vertrag; nur die Schweizerische Volkspartei (SVP), die sich mehr auf die bürgerliche Bevölkerung stützt, bezeichnete die Höherstellung des EG-Rechts als Schritt in Richtung diktatorische Verfügung der EG. Die SVP werden nicht nur einen EG-Beitritt bekämpfen, sondern auch gegen den EWR-Vertrag angehen. — (alk)

### Aufruf zu einem Kuba-Kongreß

Das kubanische Volk hat durch seine Revolution in einem Land der Dritten Welt Enormes erreicht, insbesondere bei der Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit, Wohnung, Bildung, Ausbildung, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit ... Seit mehr als 30 Jahren erhalten die USA ihre Blockade aufrecht, ja haben sie verschärft. Der Handel mit den bisher weitesten wichtigen Handelspartnern UdSSR und osteuropäischen Staaten ist fast zum Erliegen gekommen. Die EG verzögert jede Kooperation. Die Bundesregierung führt die Verträge Kuba-DDR nicht weiter. Die Versorgung der Bevölkerung ist daher gefährdet, die Lieferung von Energie und Rohstoffen praktisch zum Erliegen gekommen. Kuba soll durch wirtschaftliche Strangulation, bewaffnete Subversion, ja ggf. offene militärische Intervention wieder in den zentralamerikanischen Hinterhof der USA eingemeindet werden. EG und BRD unterstützen die USA, um Kuba, aufbauend auf der alltäglichen Desinformation fast aller Medien, in einer weltweiten Atmosphäre der Gleichgültigkeit politisch zu isolieren und zum Abschluß freizugeben. Demgegenüber muß das Recht des kubanischen Volkes auf Entwicklung und auf eine eigene Entwicklung gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen eine neue Contra oder gar offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden. Internationale Solidarität muß dem kubanischen Volk einen Freiraum zur schöpferischen Fortentwicklung des Erreichten eröffnen. Dazu wollen wir in einem weiteren Schritt beitragen, indem wir Gegenöffentlichkeit gegen die von den Wirtschafts- und Politstrategen in USA, EG und BRD verhängte Isolation Kubas verschaffen durch den Kongreß Solidarität mit Kuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD! am Samstag, dem 23. Mai 1992, 9.30 Uhr in Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle.

Neben Rednern aus Kuba und der kubanischen Botschafterin bei der EG werden sprechen: Daniel Alegria, FSLN, Nicaragua; Frei Betto, Befreiungstheologe, Brasilien; Heinz Dieterich, emancipación e identidad de america latina, Mexiko; Teresa Gutierrez, Koordinatörin der Kampagne „Peace for Cuba“, USA u.a. Trägerkreis: Anti-EG-Gruppe Köln; Barrel-Ölkampagne; ChristInnen für den Sozialismus; Cuba si; Cuba va; Cultur Cooperation Hamburg; DeCub; El Rojito; Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba; Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba; ilia; Informationsbüro Nicaragua; Lateinamerika-Initiative Karlsruhe; Monimbó; Taller de la Solidaridad; Dorothee Piermont u.a. Abgeordnete des Europäischen Parlaments.

### Iran: Ölarbeiter erreichen nach Streik Lohnerhöhung

Die iranischen Ölarbeiter haben im Januar mit Streiks eine Anhebung ihrer Löhne erreicht. Das teilen der Hannoveraner Verein der iranischen Arbeitnehmer, Emigranten und Flüchtlinge und der Solidaritätsverein für iranische Völker in einer Presseerklärung mit. Die Streiks, die in Isfahan 17 Tage, in Teheran und Schiraz 15 Tage dauerten, waren die dritte Streikbewegung der Ölarbeiter seit 1990. Die Arbeiter erreichten eine Anhebung des Mindestlohns von 1667 auf 2267 Rials (1,2 bzw. 1,6 Dollar) — ein wichtiger Erfolg, wenngleich die ReallohnSenkung (die Teuerung beträgt 100 %) nicht gestoppt wurde. — (rül)



Mit einer Kundgebung vor dem Arbeitsministerium protestierten am 14. April etwa 200 Gewerkschaftsmitglieder gegen die „Sparpläne“ der neuen belgischen Regierung. Die von Sozial- und Christdemokraten gestellte Regierung will die Sozialversicherungsausgaben verringern und das Defizit im Staatshaushalt durch weitere Einschränkung von Zahlungen an Lohnabhängige verringern. Die Protestaktion richtete sich insbesondere gegen die Pläne der Regierung zur Verringerung des Kurzarbeitergelds. Die Regierung will die Zahlungen verringern und verkürzen und so jährlich etwa eine halbe Milliarde DM „sparen“. Das gesamte „Sparpaket“ umfaßt Ausgabenenkungen und Leistungskürzungen zulasten der Lohnabhängigen von 25 Mrd. belgischen Francs, umgerechnet über 4 Mrd. DM allein in diesem Jahr. Im Sommer soll ein weiteres „Sparpaket“ für die Jahre bis 1996 folgen. — (rül, Bild: Solidair)

## Polizei stürmt Veranstaltung gegen den WWG

**München.** „Gegen die HERRschende Weltordnung / Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München“, so lautete das Thema der Veranstaltung des „Münchner Bündnis gegen den WWG“ am 4. April 1992. Etwa 300 Besucher wurden vor die Alternative gestellt: entweder wird die Veranstaltung unter Anwesenheit zweier Zivilbeamter der Polizei durchgeführt oder — und das machten die in ganz Haidhausen aufgefahrenen Polizeikräfte schnell deutlich — die Veranstaltung wird nicht stattfinden. Zu letzterem entschlossen sich die Veranstalter, ohne jedoch eine Abstimmung unter den Anwesenden durchzuführen. Viele waren enttäuscht, denn sie waren gekommen, um das Bündnis politisch, aber auch argumentativ gegen die Durchführung des WWG in München zu stärken. Nach dem Einsatz der Polizei im Saal gaben die Veranstalter folgende Presseerklärung heraus:

„Wie angekündigt sollte am Samstag, dem 4.4., eine — von einem breiten Bündnis unterstützte Veranstaltung mit Beiträgen und Diskussion — zur Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel, — zu 500 Jahre Kolonialismus/500 Jahre Widerstand, — gegen Großdeutschland,

— Gegen Rassismus/für offene Grenzen im Haidhauser Bürgersaal stattfinden.

Diese Veranstaltung wurde von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert.

Die VeranstalterInnen und die über 300 BesucherInnen weigerten sich, die Veranstaltung unter Polizeiaufsicht durchzuführen. Daraufhin stürmte die berüchtigte Sondertruppe USK den Veranstaltungsaum. Haidhausen glich zu dieser Zeit einem polizeilichen Heerlager. Die VeranstalterInnen protestierten daraufhin gegen diese polizeistaatlichen Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche und erklärten, daß unter diesen Bedingungen keine politische Diskussionsveranstaltung möglich ist.

Gegen solche Eingriffe in demokratische Grundrechte und gegen den Versuch, den Widerstand gegen den Weltwirtschaftsgipfel bereits im Vorfeld zu kriminalisieren, werden sich die VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen auch in Zukunft wehren.“

Das Bündnis hat inzwischen zu einer Wiederholung dieser Veranstaltung „Mit Beiträgen und Diskussion und ohne Überwachung“ eingeladen.

Eine „breite öffentliche Auseinandersetzung und die Solidarität aller“ soll eine polizeiliche Überwachung „politisch undurchsetzbar“ machen. — (ecg)

## VW-Konzern: Weichen gestellt für Crash-Kurs

**Hannover.** Der Aufsichtsrat des VW-Konzerns hat entschieden. Dr. Carl Hahn, dessen Vertrag als Vorstandsvorsteher des Konzerns noch bis Ende 1993 laufen würde, wird ab 1. Januar 1993 abgelöst. Zum Vorsitzenden bestellt wurde Ferdinand Piëch, bisher Vorstandsvorsteher des VW-Tochterunternehmens Audi. Zum Stellvertreter wurde der bisherige VW-Markenvorstand Daniel Goeudevert ernannt. Ebenso in den Vorstand wurde der Vorsitzende der Geschäftsführung von SEAT Spanien, Alvarez, berufen.

Piëch bringt als Verdienst ein, bei Audi einen umfangreichen Personalabbau durchgeführt zu haben, mit einem Kostensenkungsprogramm erfolgreich die Umsatzrendite erhöht zu haben und mit einer geschickten Modellpolitik in das Feld des Mercedes- und BMW-Konkurrenz eingebrochen zu sein. Goeudevert steht für Nachdenken darüber, wie die alloffensichtlichen Probleme gesellschaftlicher und ökologischer Art, die das Automobil und seine Produktion bereitet, unter Konzernregie ohne Verluste für die Aktionäre bewältigt werden können.

Die übereilte Aufsichtratsentscheidung, in den letzten Monaten war sogar über eine Vertragsverlängerung für Hahn spekuliert worden, läßt auf barische Kritik am Geschäftsergebnis des Konzerns schließen. Das Manager-Magazin zitiert ein Aufsichtsratsmitglied: „Das Unternehmen VW ist ein Sanierungsfall“, und zählt den Besitzerunmut im folgenden auf:

Das operative Ergebnis der Marke VW als „Maßstab für den Erfolg des laufenden Geschäfts“ soll 1991 minus 720 Mio. DM, 1990 minus 607 Mio. DM betragen haben. Seit 1988 sei der Umsatz um 160 Prozent, die Sachgemeinkosten aber um 168 Prozent gestiegen und die investitionsabhängigen Kosten um 190 Prozent. Die Fertigungskostennachteile gegenüber japanischen Fabriken betrügen bei VW im Durchschnitt 40 Prozent. Ein Mitarbeiter im direkten Bereich soll bei VW 57,35 DM pro Stunde kosten, bei Opel hingegen 48 DM und bei Ford Deutschland 45 DM. Ursache dafür sei der VW-Haustratif mit um sechs Prozent höherem Lohnniveau, einer bezahlten Erholungszeit von 40 Minuten pro Schicht und einer sogenannten Erholungsfreizeit von zwei Tagen pro Jahr. Nach internen Vorstandsplänen sollen

— die Dienstleistungs- und Fertigungszeiten drastisch gesenkt, also mehr ausgelagert,  
— die Fertigungszeiten gekürzt,  
— die Betriebsnutzungszeiten auf drei Schichten ausgedehnt,  
— die Krankenquote gedrückt,

— die Vorräte abgebaut und  
— die Teilevielfalt verringert werden.

Bis 1996 sollen rund 25000 Arbeitsplätze abgebaut sein. In Wolfsburg sollen 15800 Stellen beseitigt werden, in Hannover über 3200, in Emden 2000, in Salzgitter 700, in Braunschweig 2000 und in Kassel einige hundert. Gleichzeitig soll in den fahrzeugbauenden Werken die Tagesproduktion hochgefahren werden.

Die Pläne des VW-Vorstands können auf eingeleiteten Maßnahmen aufbauen. In der letzten Betriebsversammlung in Wolfsburg nannte Goeudevert als kostensekund zum Beispiel den Pausendurchlauf und den flexiblen Schichtwechsel, Vorbereitung und Einführung von Gruppenarbeit in verschiedenen Bereichen, die Installierung von Cost-Centern, die neue Meisterorganisation und die VW-Zirkel.

Der Wolfsburger Betriebsrat stimmte indessen Sonderschichten aufgrund der hohen Auftragseingänge zu. Ausgangsbasis für Überlegungen hinsichtlich geringerer Fertigungstiefe, also mehr Auslagerung von Fertigungs- und Verwaltungsaufgaben an Subunternehmen, müsse ein zukunftsweisendes Standort- und Beschäftigungskonzept für Wolfsburg sein. Für sozialverträgliche Personalreduzierungen soll die 58er-Regelung fortgesetzt werden. Bei „vernünftig“ gestalteten Schichtsystemen sei der Betriebsrat auch aufgeschlossen für eine Ausdehnung der Betriebsnutzungszeit.

Die Konzernpolitik unter dem Vorsitz von Dr. Hahn war raumgreifend expansiv ausgerichtet. VW übernahm SEAT, stieg bei Skoda ein, baute eine Produktion in Ostasien mit Werken in China auf und ging Allianzen mit Ford in Lateinamerika (Autolatina) und Portugal (Großraumlimousine) ein. Hinzu kamen erste Schritte, konzernweit die Produktionskrise zu bewältigen. Soweit gekommen, verlangt die Logik der Verdrängungsschlacht nach einer billigeren Basis. Bisherige Standards von Lohnniveau und Leistungsverausgabung, an Unterordnungsbereitschaft und sich Zurverfügungstellen fürs Geschäftsintereße sollen eingerissen werden. Die VW-Belegschaften mitschwimmen lassen im Kielwasser der Absatzfolge wird von der neuen Führungsmannschaft als überflüssig erkannt.

Das geplante Rationalisierungsprogramm des VW-Konzerns wird zu großen sozialen Verwerfungen in Niedersachsen führen. Nicht zuletzt ist für derartige Maßnahmen erhebliches Personal gefordert, das „nach unten“ treten kann. Reaktionäre Politik kann sich auf Zuwachs von Anhang einstellen.

Quellen: HAZ 11.4.92; Manager Magazin 4/92; Autogramm 4/92 — (gka)

## 150 Leute beim Ostermarsch in Stuttgart

**Stuttgart.** Aufgerufen hatte der Arbeitsausschuß der Stuttgarter Friedenskoordination. Teilgenommen haben im wesentlichen Leute aus dem DKP- und dem linken SPD-Spektrum. Die Auftaktkundgebung fand wie letztes Jahr vor der Konzernzentrale von Daimler-Benz statt. Neben den „traditionellen“ Forderungen der Friedensbewegung nahmen antifaschistische Positionen und die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf breiten Raum ein. Zum Auftakt sprachen Gertrud Müller von der VVN/BdA und ein kurdisches Mitglied des Stuttgarter Ausländerausschusses. Der Ostermarsch selbst ging dann ins eineinhalb Stunden Fußweg entfernte Clara-Zetkin-Haus. Dort wurde die Aktion abgeschlossen mit einer Rede und musikalischen Beiträgen von Leuten vom kurdischen Kulturverein. — (heb)

## Krankenhaus wendet Tendenzschutz an

**Stuttgart.** Nach Informationen der ÖTV finden in den Krankenhäusern der Sana-Kliniken-GmbH, die alle als GmbH betrieben werden, der Tendenzschutz Anwendung. D. h. Betriebsräte können die Mitbestimmungsrechte des Betriebsverfassungsgesetzes nur in wenigen Fällen anwenden. Nach § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes (= Tendenzschutzparagraph) werden die Rechte der Betriebsräte in Betrieben, die politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen oder Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung dienen, stark eingeschränkt. Im Fall der Krankenhäuser wird die „karitative Be-

stimmung“ herangezogen. Dies ist auch deshalb wichtig zu wissen, weil die Stadt Stuttgart sich verpflichtet hat, mit der Sana-GmbH über neue Rechtsformen für das Katharinenhospital, wie zum Beispiel eine GmbH, zu verhandeln. Quelle: ÖTV-Krankenhausinfo 2/92 — (evo)

## IAO-Abkommen für Fahrer nicht für die BRD gültig

**Bonn.** Die Bundesregierung erklärte am 5. März, daß sie nicht das Übereinkommen 153 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu den Arbeits- und Ruhezeiten im Straßentransport unterzeichnen werde. Dieses regelt für LKW- und Busfahrer: Lenkzeit täglich von acht wöchentlich von 48 Std., alle vier Std. Pausen, Ruhezeit von mindestens zehn Std. am Tag. Die Bundesregierung erklärt, zu den rechtlichen Regelungen in der BRD: Arbeitszeiten seien hier gar nicht geregelt, Ruhezeiten können auf unter acht Stunden verkürzt werden. In Vorbereitung des EG-Binnenmarktes wird eine einheitliche EG-Regelung erarbeitet. Aus der EG hat nur Spanien das Abkommen ratifiziert. — (rub)

## S-H: Aktionen zum Tag der politischen Gefangenen

**Kiel.** Anlässlich des 17.4., des Internationalen Tages der politischen Gefangenen (seit einem Aufruf der Führung der palästinensischen Intifada 1988), fanden in Schleswig-Holstein zwei Aktionen statt: Am 16.4. nahmen knapp 100 Leute an einer Diskussionsveranstaltung von Roter Hilfe und BWK/VSP in Kiel zur Lage der politischen Gefangenen, Kinkel-Initiative usw. teil. ReferentInnen waren C. Schneider vom BWK sowie M. Berberich, ehem. RAF-Gefangene. Ein kurzes Referat der Roten Hilfe

leitete in das Thema ein. Die Referate stießen auf Interesse des vorwiegend autonomen bzw. antiimperialistischen Publikums. Sie verdeutlichten vor allem die Notwendigkeit, die Kinkel-Initiative nicht unbeachtet zu lassen, sondern jetzt auf verschiedensten Ebenen um menschenwürdige Möglichkeiten für die politischen Gefangenen zu kämpfen, nicht lebenslänglich eingemauert zu bleiben. Vordringlich sei die Freilassung der Haftunfähigen und sehr lange Einsitzenden. Die Diskussion gestaltete sich — wegen unterschiedlichster Ausgangspositionen und der drei Tage vor der veröffentlichten Erklärung der RAF — schwierig, aber interessant. Am 18.4. fand dann eine Kundgebung eines Bündnisses von Infoläden, BWK/VSP, Roter Hilfe u. a. vor dem Lübecker Gefängnis, in dem u. a. die am längsten — seit 20 Jahren — inhaftierte RAF-Gefangene, Irmgard Möller, sitzt. Eine Rede hielt u. a. M. Berberich. Die Teilnehmerzahl von 130 lag deutlich über der des letzten Jahres. — (uga)

## Containerlager für Asylbewerber wird abgebaut

**München.** Die 50 Wohncontainer auf der Oktoberfestwiese werden abgebaut, lt. Rathausumschau, um Querelen zwischen Zechern des am 25.4. beginnenden Frühlingsfestes und Asylbewerbern zu verhindern. Erst im Januar dieses Jahres waren sie gegen großen Widerstand und üble Hetze auf Asylbewerber aufgebaut worden. Offensichtlich wollte OB Kronawitter ein „Zeichen“ setzen. Nur die Hälfte der 150 Asylbewerber hat es in den Containern ausgehalten, 80 sind verschwunden. Dazu Angelika Lex von den Grünen: „Die Asylbewerber haben scheinbar ihren Zweck auf der Theresienwiese erfüllt.“ — (egc)

## Gedenkveranstaltung in Buchenwald

Emil Carlebach, Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees, eröffnete am 11.4. die Gedenkfeier zum 47. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald. 2000 Teilnehmer aus Europa waren gekommen. Der Präsident des Buchenwaldkomitees, der Franzose Dora Pierre Durand, wandte sich gegen jeden Versuch der Verknüpfung der Geschichte des NS-Konzentrationslagers „mit dem Schicksal derer, die nach der Niederlage der Nazis hier inhaftiert wurden.“ Die Gedenkstätte müsse als Symbol für Leiden und den Kampf für Menschlichkeit bewahrt werden. — (jöd)



## Bei Seehäfen 220 DM mindestens und weitere Freischichten erreicht

**Hamburg.** Am 27.3.1992 wurden für den Bereich der westdeutschen Seehäfen ein neuer Lohntarif, Rahmentarif und Arbeitszeittarifvertrag abgeschlossen. Ohne auch nur einen einzigen Warnstreik durchzuführen, ist es gelungen, den Lohn um 6,3 % zu erhöhen und die unteren Lohngruppen überproportional anzuheben. Gefordert waren 9,5 %, mindestens 340 DM. 9,5 % auf die Lohnguppe VI (Hafenfacharbeiter) machen 340 DM aus. Seit Jahren war es zum ersten Mal gelungen, in der Bundestarifkommission einen Mindestbetrag durchzusetzen. Grundlage dafür waren entsprechende Beschlüsse in wichtigen Hafenbetrieben in Hamburg und Bremen/Bremerhaven. Der Abschluß entspricht in der Struktur weitgehend dem geforderten Mindestbetrag.

Die unterste belegte Lohnguppe III wird um 6,9 % (220 DM) erhöht, die Lohngruppen IV bis VI um 230 DM. Für Lohnguppe VI sind das 6,4 %. Alle darüberliegenden Lohngruppen erhalten 6,3 %, was zwischen 231 DM (LG VI/I) und 268 DM (LG VIII) ausmacht. Um diesen Abschluß richtig zu beurteilen, muß man wissen, daß in den Häfen „nur“ Tarif bezahlt wird. D. h. es gibt keine persönlichen Übertarife, und dies ermöglicht eine große Geschlossenheit im Lohnkampf.

Dabei wird seit Januar 1992 sowohl im Gesamthafenbetrieb (GHB) in Bremen als auch beim GHB in Hamburg

kurzgearbeitet. Beim GHB in Hamburg wurden monatlich etwa 5000 Schichten kurzgearbeitet. Aber trotzdem sind die Hafenkapitalisten durch Streik empfindlich zu treffen. Gerade im Zusammenhang mit dem Kampf um die verbleibenden Warenströme in die ehemalige DDR und die ehemaligen RGW-Staaten ist zwischen den Nordseehäfen ein heftiger Konkurrenzkampf entbrannt.

In dieser Situation ist Streik für die Kapitalisten gefährlich. Die Hafenarbeiter auf der anderen Seite waren trotz der schwierigen Beschäftigungslage nicht demoralisiert, sondern entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen. Auf einer Teil-Betriebsversammlung des GHB Hamburg am 16. März erklärten z. B. auf eine entsprechende Befragung durch den Betriebsratsvorsitzenden von den etwa 170 Anwesenden 168 Kollegen ihre Bereitschaft zum Streik, falls es nötig wird, um die Forderungen durchzusetzen. Nur zwei Gesamthafenarbeiter

waren sich über ihre mögliche Streikteilnahme unsicher. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt beim GHB Hamburg bei über 90 %. Neben der Lohnerhöhung wurde eine weitere Arbeitszeitverkürzung in Form bezahlter Freischichten durchgesetzt. Stufenweise gibt es ab 1993 weitere bezahlte freie Tage. Die gegenwärtig 18 freien Tage (entsprechen der 37-Stunden-Woche) werden im Jahr 1999 auf 30 freie Tage (entsprechen der 35-Stunden-

Woche) erhöht werden. Es ist ein wichtiges Ergebnis dieses Tarifs, daß die Forderungen der Hafenkapitalisten auf eine tägliche Arbeitszeitverkürzung um 10 Minuten sowie die Forderungen nach der Pflichtarbeit am Sonntag abgewehrt werden konnten. Es gibt jetzt lediglich eine Öffnung im Tarif, die es den Betrieben ermöglicht, nach Zustimmung des Betriebsrates auf freiwilliger Basis einen Hafenarbeiter ein halbes Jahr lang an drei Tagen ums Wochenende jeweils 9 Stunden (= 27 Stunden/Woche) zu beschäftigen und dabei den vollen Lohn zu bezahlen. Für diese Arbeitszeiten dürfen jedoch keine speziellen neuen Leute eingestellt werden, und wenn diese Arbeitszeiten nicht mehr passen, der hat das Recht, wieder auf die normale Schicht zu springen. Dies ist ein Versuch der ÖTB, die bisher vielen am Samstag und Sonntag gearbeiteten Überstunden abzubauen.

Weitere Vereinbarungen liegen nur in Umrissen vor. Auf jeden Fall wird es einen Einstieg in die tarifliche Absicherung des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz geben. Am 15.4. wurden auch die Sonderbestimmungen für den Hamburger Hafen neu abgeschlossen. Ein Eckpunkt ist eine tarifliche Überstundenbegrenzung auf jetzt 80 Stunden im Monat, die bis 1995 schrittweise auf 60 Stunden im Monat herabgesetzt wird. Jede weitere Überstunde muß durch Freizeit abgegolten werden. — (obj)



Duisburg. 700 Menschen, leider wenige Deutsche, kamen am 10.4. zur Veranstaltung „Solidarität mit dem kurdischen Volk“, die der Menschenrechtsverein HEVKOM e.V. organisierte. Sie fand breite Unterstützung, u.a. von IG Metall und HBV Duisburg, Juso-Unterbezirk Bochum, VVN-BdA. Bärbel Höhn, MdL der Grünen in NRW, forderte das Recht auf Selbstbestimmung für das kurdische Volk. — (syb)

### REP-Veranstaltung konnte nicht stattfinden

Essen. „Multikulturelle Gesellschaft – Soziale Utopie oder Bedrohung der Inneren Sicherheit?“, unter diesem demagogischen Titel wollten die REP am Mittwoch, 8.4., erstmals seit langem in Essen eine Veranstaltung durchführen. Als Redner war der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende U. Goller angekündigt. Obwohl antifaschistische Gruppen und Organisationen nur einen Tag vorher über die Veranstaltung informiert wurden, konnte sie verhindert werden. Über 50 Leute versammelten sich am Mittwoch Abend vor der Gaststätte, darunter nicht wenige Ausländer. Mitglieder der Volksfront verteilten ein eilig erstelltes Flugblatt, einige Teilnehmer der Gegenaktion suchten das Gespräch mit dem Wirt. Der wurde zunehmend nervöser und bat die knapp 20 anwesenden Mitglieder und Sympathisanten der REP nach einer halben Stunde, die Räume zu verlassen. Vor allem befürchtete er, andere Veranstaltungen zu verlieren; in der Gaststätte treffen sich z.B. auch die Grünen und die SPD. Die Polizei zeigte während der Gegenaktion massive Präsenz mit sicher über 40 Beamten und mehreren Hunden. — (wof)

### Bernd Rößner und Günter Sonnenberg müssen raus!

Hamburg. Die Bundesanwaltschaft für Bernd Rößner und das Oberlandesgericht für Günter Sonnenberg haben drei bekannte Staatsschutzpsychiaten einzogen, um darüber zu „gutachten“, ob Günter Sonnenberg und Bernd Rößner entlassen werden können. Wie vorauszusehen war, ist das Gutachten gegen Bernd entsprechend ausgefallen: Solan-

ge in seinem Kopf noch der politische Funke glüht, soll er im Knast bleiben oder draußen in einem geschlossenen Haus verschwinden. Die beiden Psychiater, die im Verfahren gegen Günter mit der Erstellung eines „Gutachtens“ beauftragt sind, werden von ihm definitiv abgelehnt (siehe auch Angehörigen-Info Nr. 90). — (jeh)

### Metalitarifverhandlungen schleppend

Heidelberg. Am 10.4.92 ist mit Nordwürttemberg/Nordbaden in allen Tarifgebieten die zweite Runde ohne Angebot, geschweige Ergebnis beendet worden. Nach wie vor bestehen die Kapitalisten auf einem Abschluß in Höhe der „zu erwartenden Produktivitätssteigerung“ (1,5 bis 2%). Ein erstes offizielles „Angebot“ haben sie für die dritte Runde am 24.4. in Aussicht gestellt. Die IG Metall hat bei den Verhandlungen am 10.4. erstmals Vertreter des Mieterbundes zu den drastischen Mietsteigerungen Stellung nehmen lassen, um die Tarifforderung von 9,5 % nochmals zu untermauern. Die Kapitalisten versuchten frech zu bestreiten, daß die tatsächlichen Miet erhöhungen sich über der amtlichen Teuerungsrate von knapp 5 % bewegen. In der Sitzung der Tarifkommission am 13.4.92 wurde das „arrogante Verhalten des VMI und seine Verschleppungstaktik“ scharf angegriffen. Was den weiteren Gang der Tarifauseinandersetzung betrifft, sind gewisse Weichen durch den öffentlichen Dienst gestellt. ÖTV und IGM planen für den 27.4. in Heidelberg eine Kundgebung vor dem Rathaus. In Karlsruhe ist für 9.5. eine bezirkliche IGM-Kundgebung in Vorbereitung. Ab 29.4. sollen erste Metall-Warnstreiks laufen. — (aro)

## Test für Atomindustrie: Abgeschaltete AKWs

Karlstein. Der Republik größte Atom-Altlust steht am bayerischen Mainufer, nahe der hessischen Grenze, im Örtchen Karlstein: Das Versuchskraftwerk Kahl (VAK) und der Heißdampfreaktor Karlstein (HDR) warten auf die Abriss-Bauerarbeiter.

Von einem Rückzug der Atomindustrie aus Karlstein, das das Atomzeichen im Wappen führt, kann freilich keine Rede sein. Die Demontagearbeiten an den beiden Reaktoren werden zum Testfall der Atomindustrie für die Beseitigung von Atom-Schrott, um daraus — marktführend — in den nächsten Jahren trefflich Profit schlagen zu können.

Das Versuchskraftwerk Kahl wurde 1985 nach 25 Jahren Betrieb abgeschaltet. Als erstes kommerzielles AKW der Bundesrepublik (Eigner sind zu 80 % RWE und zu 20 % die Bayernwerke) mit der für heutige Verhältnisse geringen Leistung von 16 Megawatt ging das VAK 1960 als Prototyp ans Netz. Und Prototyp soll es unter dem Stichwort „Restbetrieb und Abbruch“ bis zu seinem Verschwinden bleiben. „Unser Versuch ist erst beendet, wenn wir hier wieder eine grüne Wiese haben“, läßt die VAK-Geschäftsführung verlauten. 179 Mio. DM soll der Abriss kosten. Vor 32 Jahren hatte die AEG 36 Mio. DM für den Neubau verlangt. Zwar sind bereits die Brennelemente nach Schweden geschafft worden, aber das aufgrund des jahrelangen Betriebes

aktivierten biologische Schild aus Beton abzubauen und das verstrahlte Druckgefäß selbst zu entsorgen wird einige Zeit dauern. Dennoch, keine Bange: In zehn Jahren soll das Atomkraftwerk ein „endlagerfähiges Gebilde“ werden, verspricht der Sprecher der VAK-Geschäftsleitung.

Anders sind die Verhältnisse im Nachbarhaus, dem Heißdampfreaktor. Er kollabierte bereits nach 2000 Arbeitsstunden. Obwohl der HDR aber schon 20 Jahre keinen Strom mehr liefert, spielte er in den vergangenen Jahren für die bundesdeutsche Atomforschung eine Schlüsselrolle. An ihm exerzierten die Atom-Ingenieure alle möglichen Störfälle durch, vom Flugzeugabsturz bis zur Kernschmelze; sogar Erdbeben ahmte man am stillgelegten, aber heftig vor sich hinstrahlenden Heißdampfreaktor nach.

Erst vor wenigen Wochen wurde eine sehr brenzlige Versuchsreihe abgeschlossen. Als Erfahrung der Reaktorkatastrophe von Harrisburg wurde der Austritt von Wasserstoff untersucht. Ein Ereignis, das im Zusammenhang mit der Kernschmelze eintreten könnte. Nun hat plötzlich Bonn kein Geld mehr für Versuche mit „hypothetischen Störfällen“. Der Abriss des Heißdampfreaktors in Karlstein am Main kostet übrigens eben mal 100 Mio. Mark.

Quelle: Frankfurter Rundschau, 11. März 1992 — (hel)

## Streik in bayerischer Granitindustrie durch Urabstimmung beendet

München/Fürstenstein. Die „Granitler“ haben mit diesem Streik den längsten Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik geführt. Die Bereitschaft zum offenen Konflikt wirkte zuletzt 1977, als die Akkordler drei Wochen gegen Kürzungen streiken mußten. Seitdem wurde von den Granitarbeitern die Forderung verfolgt, Akkordler und Stundenlöhner nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Diese Interessengemeinschaft war auch die Grundlage des jetzt beendeten Arbeitskampfes. Im folgenden die Presseerklärung der IG Bau-Steine-Erden, Landesverband Bayern, vom 10.4.92. — (ecg)

Lange 43 Wochen hatte der Streik der Granitarbeiter im Bayerischen Wald die Branche nahezu lahmgelegt. Gestern haben knapp 78 Prozent der Streikenden einen Kompromiß gebilligt, der am frühen Morgen unter Dach und Fach war. Insgesamt 18 Verhandlungen mußten dazu zwischen der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Landesverband Bayern, und dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V., sowie dessen Fachabteilung Granit geführt werden.

Der Weg zur Einigung war frei, als die Arbeitgeberseite darauf verzichtete, daß die Gewerkschaft „per Dekret“ alle rund 350 Klagen der Streikenden, mit denen sie vorenthalten finanzielle Leistungen aus 1991 verlangen, zurückzieht. Die Verhandlungsparteien haben stattdessen im Rahmen der Bestimmungen des Tarifvertragsgesetzes die Möglichkeit eröffnet, daß sich die Firmen und die klagenden Arbeitnehmer in außergerichtlichen Vergleichen einigen. Ist dies im jeweiligen Einzelfall nicht möglich oder wird dies vom Arbeitnehmer nicht gewollt, wird die Klage weiterverschoben.

Die Stundenlöhner erhalten nach dem Tarifergebnis eine Pauschalernhöhung aller Stundenlöhne vom 30.4.91 um DM 0,30 und eine weitere Erhöhung aller Löhne um 7 Prozent rückwirkend zum 1.5.91. Das gestern erzielte Ergebnis rechnet sich in den einzelnen Lohngruppen zwischen 8 und 9,5 Prozent.

Für das Tarifjahr 1992, ab dem 1.5.1992, haben die Verhandlungen bereits wieder begonnen; innerhalb der gesamten Baustoffbranche Bayerns wurden die Verhandlungen am 14.2.92 in der zweiten Runde fortgesetzt.

Für die schwierige Akkordmaterie sind jetzt die Weichen gestellt, daß zukünftig die Akkorde an die Entwicklung der Zeitlöhne gekoppelt ist. An dieser

Forderung der IG Bau-Steine-Erden waren im April letzten Jahres die Verhandlungen gescheitert und der Streik vorprogrammiert, nachdem die Arbeitgeber diese Verbindung rigoros abgelehnt hatten. Ziel ist, daß durch REFA (arbeitswissenschaftliche Erfassung aller arbeitstechnischen Vorgänge im Betrieb) die Akkordvoraussetzungen bestimmt werden. Die jeweiligen Akkordrichtsätze betragen dann 115 Prozent des jeweiligen Tariflohnnes. Bis dahin gilt eine Übergangsregelung, nach der die neuen Akkordsätze aus dem Quotienten von Akkordsatz 1990 und den erzielten Gruppenverdiensten errechnet werden. In dem Verhältnis, wie die Gruppenverdienste über dem Akkordsatz 1990 gelegen haben, ist der neue Akkordsatz niedriger. Im umgekehrten Falle bleibt es bei dem alten Akkordsatz. Diese Übergangsregelung innerhalb einer Gesamt tariflaufzeit von fünf Jahren ist bis zum 31.12.92 befristet. Damit wurde verhindert, daß die Akkordler in dem Falle, daß die Firmen das REFA-System nicht einführen, bis längstens 1996 keine Lohnerhöhung erhalten.

Mit der Tarifeinigung ist jetzt auch sichergestellt, daß alle Arbeitnehmer am kommenden Montag ihre Arbeit wieder

aufnehmen können. Die Arbeitgeber hatten zunächst darauf bestanden, alleine nach ihrem Gutdunken den Arbeitsbeginn jedes einzelnen Arbeitnehmers bestimmen zu können. Nach geäußerten Vorstellungen hätte dies bedeutet, daß viele nach dem Streik zunächst in die Arbeitslosigkeit geschickt und erst im Mai wieder eingestellt worden wären.

Trotz des Streikendes wird die Granitindustrie zukünftig auf viele, vor allem junge und besonders leistungsfähige, Arbeitskräfte verzichten müssen. Wie schon andere vorher kehren sie der Branche den Rücken und werden woanders ihr Geld verdienen. Der Stolz der Granitler: „In einen Bruch gehe ich mein Leben lang nicht mehr!“

Mit dem Ergebnis der Urabstimmung wurde letztlich erreicht, daß der Arbeitskampf doch noch mit einem Tarifvorschlag beendet werden konnte, nachdem bereits absehbar war, daß dies nicht gelingen würde und alle Arbeitsbedingungen in den Betrieben selbst geregelt werden müssten.

Matthias Kirchner, IG Bau-Steine-Erden, LV Bayern, Presseerklärung vom 10.4.92; Solidaritäts-Spendenkonto; IG BSE, Sparkasse Passau, Kto. Nr. 50047, BLZ 74050000, Kennwort: Streikfond Granit.



Zehn Monate streikten die Granitarbeiter des Bayerischen Waldes um einen neuen Tarif. Unser Bild: Streikende Granitarbeiter am Politischen Aschermittwoch bei der SPD-Veranstaltung in Vilshofen.

## Nur einer der drei Duisburger Gefangenen nach 2/3-Haft frei

Essen. Norbert Hofmeier, Thomas Thoene und Bärbel Perau aus Duisburg wurden in einem umstrittenen Indizienprozeß vor dem OLG Düsseldorf zu je acht Jahren Haft verurteilt. Ihnen wurde die Beteiligung an einem Anschlag auf einen Sendemast der BGS-Kaserne in Swisttal-Heimertsheim zugeschrieben. Thomas Thoene wurde zum 1. April auf Grundlage der Regelungen zur 2/3-Haftentlassung freigelassen, die beiden anderen nicht. Auch wenn uns die genauen Gründe noch nicht vorliegen: Beurteilt wurde auf Grundlage eines Verfahrens, bei dem es unter dem Vorwand der zu stellenden „Sozialprognose“ vor allem um die politischen Auffassungen der drei ging.

Bereits im Dezember 1991, als noch eine Berufung gegen die Urteile lief, hatte die Verteidigung Anträge auf Aufhebung der Haftbefehle gestellt. Diesen Anträgen hätte stattgegeben werden müssen, da alle drei bereits sechs Jahre in Untersuchungshaft saßen. Die Anträge wurden jedoch hinfällig, nachdem das OLG Düsseldorf die Urteile für rechtskräftig erklärte. Daraufhin stellte die Verteidigung umgehend Anträge auf 2/3-Haftentlassung.

Schon die Stellungnahme der Bundesanwaltschaft zeichnete sich durch zu rechtgeschusterte Behauptungen aus. Als Beleg dafür, daß Norbert Hofmeier sich „nach wie vor dem Terrorismus verpflichtet“ fühle, heißt es z.B.:

„Auch die von ihm gewählte Literatur, die ausschließlich aus Schriften über Widerstand jeglicher Art in der gesamten Welt besteht, zeigt, daß der Angeklagte offenbar fest im linksterroristischen Bereich verwurzelt ist.“

Abgesehen davon, daß „linksterroristische“ Schriften gar nicht erst durch die Zensur ins Gefängnis kommen würden, erklärte Norbert Hofmeier in der Anhörung, daß er eine Liste der von ihm seit 1991 gelesenen Bücher zusammengestellt habe, aus der sich ergibt, daß über 60 % über Faschismus und den Widerstand gegen die Nazis handeln:

„... und das ist ja nun wirklich bezeichnend, daß die BAW daraus die Verwurzelung im Terrorismus ableitet.“ Die Stellungnahme der JVA enthält ebenfalls ziemlich unverfrorene Behauptungen: „Auffällig ist, daß er (Norbert Hofmeier) keinen regelmäßigen Kontakt zu anderen Gefangenen findet ... Ansonsten beziehen sich die Privatschreiber auf polizeibekannte Personen aus dem Ruhrgebiet und dem Hamburger Raum.“ 23 Stunden Einzelhaft, Umschlußverbot, Ausschluß vom größten Teil der Gemeinschaftsveranstaltungen, Kontaktverbot zu den beiden anderen in Bochum sitzenden Gefangenen und Repressalien gegen alle, die mit politischen Gefangenen Kontakt aufnehmen, lassen ahnen, welch hohen Wahrheitsgehalt diese Aussage besitzt.

In den Anhörungsverfahren zur Haftentlassung am 10.2. (Bärbel Perau bzw. 11.2. 1992 (Thomas Thoene, Norbert Hofmeier) konfrontierte das Gericht die Gefangenen dann mit einem Katalog von 15 Fragen. Einige lauten: \* „Wie stehen Sie zum Sprengstoffanschlag von 1986 gegen den BGS? Wie stehen Sie zu Ihrer Inhaftierung? Billigen Sie den Sprengstoffanschlag auf den BGS?“ \* „Wie stehen Sie zur gesellschaftlichen Ordnung in der BRD? Welches Verhältnis haben Sie zur Demokratie in der BRD?“ \* „Würden Sie zur Durchsetzung Ihrer politischen Ziele Gewalt einsetzen? Wie stehen Sie zur RAF? Wie stehen Sie zu den Aktionen gegen Herrhausen und Rohwedder? Wie ist Ihre Einstellung zu Zeitschriften, zusammen kämpfen?“ Zu Fragen wie der ersten nach dem Sprengstoffanschlag hatten die drei in ihren Prozeßberichten in den Hauptverhandlungen bereits ausführlich Stellung genommen. Die Interpretation durch den Senat hatte zu der Verurteilung geführt, obwohl die drei die Tat stets bestritten. Die anderen Fragen machen besonders deutlich, daß es bei der Entscheidung über die Haftentlassung um eine Gesinnungsüberprüfung ging. Ob sog. „sozialen“ Gefangenen in der Geschichte bundesdeutscher Justiz jemals ähnliche Fragen gestellt wurden, bliebe nachzuforschen.

nach: „Lokalberichte Essen“ — (BI, wof)

*Um zur Versachlichung der Diskussionen um das Thema „Ausländer, Asylbewerber“ beizutragen, hat das Arbeitsamt Schweinfurt eine Broschüre „Tendenzen und Probleme der Ausländerbeschäftigung“ veröffentlicht. In der Einleitung zur Broschüre wird auf den Beitrag ausländischer Arbeiter zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region, aber auch auf ihre fortbestehende Benachteiligung gerade in der Arbeitswelt hingewiesen. Mit Hasan Öztürk, dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats Schweinfurt, führten wir das folgende Interview.*

— (cls)

**Frage:** Der Ausländerbeirat Schweinfurt hat von einem „Ausbildungsnotstand“ ausländischer Jugendlicher gesprochen. Was sind die Gründe dafür?

Ausländerbeiratsvorsitzender H. Öztürk: Ja, im letzten Herbst hatten in der Stadt Schweinfurt nur 25 ausländische Jugendliche eine Lehrstelle, ausnahmslos im gewerblichen Bereich. Unsere Kinder, die hier geboren sind, müssen eine Chance bekommen und nicht nur wie wir älteren in der Fabrik an der Maschine stehen.

Eine wesentliche Ursache ist die unbefriedigende schulische Situation. In Bayern wurden ausländische Kinder traditionell in rein muttersprachlichen Klassen unterrichtet. Schon im Juli 1988 haben wir an das Schulamt der Stadt Schweinfurt den Antrag gestellt, den muttersprachlichen Unterricht durch gemischte Klassen mit der jeweiligen nichtdeutschen Muttersprache als erste Fremdsprache abzulösen. Der Besuch weiterführender Schulen wird durch so aufgebaute Sprachbarrieren entscheidend eingeschränkt. 1988 lag der Anteil ausländischer Schüler (ohne Kinder von US-Soldaten) in Schweinfurt an Gymnasien bei 1,09 %, an Realschulen bei 1,6 %, an Hauptschulen dagegen bei 25 %. In vergleichbaren Städten, z.B. in Hessen, wo es keine reinen Nationalitätenklassen gibt, besuchen schon eine weitaus höhere Zahl ausländischer Schüler die höheren Schulen. Mittlerweile gehen mehr ausländische Schüler in deutschsprachige Klassen, aber immer noch gibt es Aufnahmeprüfungen für die deutschen Klassen, und viele ausländische Schüler werden abgelehnt wegen zu schlechter Sprachkenntnisse. In der letzten Zeit wird auch oft abgelehnt, weil die Klassen durch den Zuzug deutscher Aussiedler aus dem Osten oft schon zu groß sind. Von den Kindern, die auf das Gymnasium gehen, obwohl sie vorher in einer muttersprachlichen Klasse waren, müssen viele wegen mangelnder Sprachkenntnisse (auch wegen fehlender Fremdsprache) wieder in die Hauptschule zurückkehren. Sicher wollen auch viele ausländische Jugendliche (und ihre Eltern), daß sie schnell Geld verdienen, und nehmen deshalb ungeliebte Arbeit an, aber hauptsächlich werden sie ausgesondert, weil sie zu 70 % die Hauptschule ohne Abschluß verlassen. Auch sind qualifiziertere Ausbildungsgänge für ausländische Ju-

# Ausländerbeschäftigung in Schweinfurt: „Ausbildungsnotstand und Konkurrenz“

## Ein Interview mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats in Schweinfurt

gendliche nur äußerst schwer zu erreichen, z.B. Lehrstellen im kaufmännischen Bereich, bei Ämtern oder Behörden. Typische Ausbildungsberufe für Mädchen sind Schneiderin, Friseuse und Verkäuferin.

**Frage:** In den letzten Jahren haben die Großbetriebe kontinuierlich den Anteil ausländischer Arbeiter verringert. Gleichzeitig verschärft sich durch eine wachsende Zahl von Arbeitskräften aus Polen, der CSFR usw. die Konkurrenz. Ist das auch euer Eindruck?

Ausländerbeiratsvorsitzender H. Öztürk: Es gibt vor allem Konkurrenz von Arbeitern aus der ehemaligen DDR und von anderen deutschen Aussiedlern. Z.B. haben viele ausländische Arbeiter nach jahrelanger Betriebszugehörigkeit die Kenntnisse und Erfahrung gewonnen, um Vorgesetztenpositionen einzunehmen zu können (Einrichter, Vorarbeiter). Für solche Stellen bevorzugt man jetzt Deutsche, die hergezogen sind, auch wenn sie erst ganz kurz in der jeweiligen Firma sind.

**Frage:** Weshalb liegt die Erwerbsquote bei ausländischen Frauen nur bei 28 %?

Ausländerbeiratsvorsitzender H. Öztürk: Der Wunsch nach Arbeit ist bedeutend größer, aber es ist für ausländische Frauen sehr, sehr schwer, Arbeit zu finden. Die meisten arbeiten bei Reinigungsfirmen oder in anderen Putzjobs. Aus der Statistik können wir entnehmen, daß von allen Branchen die „privaten Haushalte“ der Bereich sind mit der höchsten Ausländerquote. Fast 20 % aller ausländischen Frauen arbeiten nur in Teilzeit, die meisten davon im Dienstleistungsbereich.

**Frage:** Das Arbeitsamt hebt in seiner Broschüre zur Ausländerbeschäftigung hervor, daß Ausländerbeschäftigung die „sozialen Töpfe“ entlaste wegen der jüngeren Altersstruktur?

Ausländerbeiratsvorsitzender H. Öztürk: Dazu gäbe es noch vieles zu sagen. Z.B. sind von Schweinfurt mindestens 50 türkische Arbeiter mit ihren Familien in die Türkei zurückgekehrt, obwohl sie das Rentenalter noch nicht erreicht hatten. Dabei geht der Anspruch auf Rente verloren, man erhält nur den eingezahlten Arbeitnehmeranteil aus der Rentenversicherung unverzinst nach Abzug einer Bearbeitungsgebühr heraus nach zweijähriger Wartezeit. Und wieviele erreichen überhaupt das Rentenalter? Das durchschnittliche Sterbealter von

Türken in Deutschland liegt bei 61 Jahren. Übrigens finanzieren wir auch mit dem 7,5 %igen Solidaritätszuschlag auf die Einkommenssteuer die Renten in Ostdeutschland mit. Wir zahlen dieselben Steuern und Abgaben wie alle Arbeitnehmer, teilweise auch höhere. Verheiratete türkische Arbeiter, deren Frau und Kinder in der Türkei leben, erhalten seit einigen Jahren nur die schlechte Steuerklasse I und viel weniger Kinder geld für die Kinder. Ich schätze, daß das heute noch bei 20-30 % der türkischen Arbeiter der Fall ist.

**Frage:** Wie entwickelt sich Eure Arbeit im Ausländerbeirat, wie sind die Bedingungen?

Ausländerbeiratsvorsitzender H. Öztürk: Ohne Wahlrecht sind wir auf die beschränkten Möglichkeiten der Ausländerbeiräte angewiesen. Manches konnten wir darüber schon erreichen. In Schweinfurt haben wir ein Büro mit einem Geschäftsführer, für ehrenamtliche Arbeit im Beirat während der Arbeitszeit erhalten wir Lohnausfall. Leider gibt es noch längst nicht in allen bay-

erischen Städten Ausländerbeiräte, z.B. hier in der Region in Würzburg, in Bamberg und in den kleineren Kreisstädten nicht. Das wäre aber sehr wichtig um regional zusammenzuarbeiten, z.B. bei der Durchführung von Veranstaltungen. Wir versuchen, auf bayerischer Ebene die Zusammenarbeit zu verbessern. Wir müssen mit einer Stimme sprechen. Auch bundesweit finden schon Treffen statt.

Artikel und Interview wurden uns von der Arbeiterzeitung „Nachrichten & Standpunkte“, Schweinfurt, zur Verfügung gestellt.

## Arbeitsamt Schweinfurt: „Unrechtsbewußtsein von Arbeitgebern“

Seit 1985 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer in der Region nach starkem Rückgang seit 1974 wieder um über 40 % angestiegen. Einher damit geht wachsende Arbeitslosigkeit, die bei Ausländern Ende September 1991 den Rekordstand von 16,9 % (offizielle Ausländer-Arbeitslosenquote) erreichte (Gesamtquote 5,9 %).

Ursache dieser Entwicklung ist, daß sich seit 1986 und sprunghaft seit 1990 Arbeitskräfte aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, der Sowjetunion und der CSFR auf dem Arbeitsmarkt in der Region anbieten können und auf entsprechende Nachfrage stoßen. Ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländern ist in dieser Zeit von 0 auf ca. 20 % angestiegen. 75 % des Anstiegs der Ausländerbeschäftigung ist darauf zurückzuführen. 1991 ist noch eine große Zahl von Jugoslawen hinzugekommen, die aus dem Kriegsgebiet geflüchtet sind. Die Zahl der Arbeitskräfte aus den traditionellen Anwerbegebieten (Türkei, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) stagniert dagegen.

In Zeitraum 1986 — 1991 hat sich die Zahl der vom Arbeitsamt erteilten „Allgemeinen Arbeitserlaubnis“ (AE) für ausländische Arbeitnehmer verzehnfacht. Nach dem neuen Ausländergesetz (und entsprechend der neuen Arbeitserlaubnisverordnung) wird die „Allgemeine Arbeitserlaubnis“ im Gegensatz zur „Besonderen Arbeitserlaubnis“ (unbefristet, ohne Beschränkung) grundsätzlich befristet, auf den Arbeitgeber beschränkt und höchstens für ein Jahr ausgestellt. Danach muß ein Wiederholungsantrag gestellt werden, da die AE keinen Rechtsanspruch auf Neuaustellung garantiert. Neu ist u.a., daß Asyl-

bewerber die AE sofort beantragen können, und daß im Rahmen der AE die Möglichkeit der auf drei Monate befristeten Saisonarbeit bei Beibehaltung des Wohnsitzes im Ausland eingeführt wurde. Saisonarbeit ist durch Vereinbarungen auf Regierungsebene möglich für die Herkunftsänder Polen, CSFR, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, sie zielt auf kurzfristigen Kräftebedarf, hauptsächlich im Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft. 90 % aller erzielten AE entfielen auf die genannten osteuropäischen Länder, ca. zur Hälfte auf Arbeitskräfte aus Polen.

Über die Hälfte der offiziell arbeitslos gemeldeten Ausländer kommt mittlerweile aus diesen Ländern. Daß Asylbewerber in Bayern jetzt nach dreimonatiger Wartezeit eine Arbeit aufnehmen können, verstärkt diese Entwicklung „Beschäftigungswachstum“ gekoppelt mit höherer Arbeitslosigkeit“. Die offizielle Statistik gibt jedoch nur einen Ausschnitt der Realität wieder: „Die Zahl der festgestellten Verstöße (illegaler Ausländerbeschäftigung) ist seit 1989 erheblich gestiegen von ursprünglich ca. 30 Fällen im Jahr auf jetzt über 100. Ursache hierfür sind vermutlich die starken politischen Veränderungen, die einen verstärkten Zugang von Ausländern, vor allem aus dem osteuropäischen Raum auf den deutschen Arbeitsmarkt zur Folge haben. Wohl auch in diesem Zusammenhang scheint das Unrechtsbewußtsein von Arbeitgebern, solche Ausländer ohne Arbeitserlaubnis zu beschäftigen, allmählich zu sinken. Konzentriert kommen Verstöße vor in der Baubranche ..., im Hotel- und Gaststättengewerbe, Reinigungsgewerbe, bei Saisonbeschäftigung in der Landwirtschaft. Gerade im Zusammenhang

mit dem Wegfall der Wartezeit für Asylbewerber besteht der Verdacht, daß viele Arbeitnehmer aus diesem Personenkreis zu untertariflichen Bedingungen beschäftigt werden“ (aus der Broschüre „Ausländer am Arbeitsmarkt“, Arbeitsamt Schweinfurt 1992). Gestützt auf das massenhafte Angebot an Arbeitskräften, die sich im Asylverfahren befinden, oder die aus Osteuropa und der Sowjetunion für kurzfristige Arbeit in die BRD kommen oder eingewandert sind, konnten die Kapitalisten völlig neue Beschäftigungssegmente eröffnen, die in Bezug auf Entlohnung, Arbeitsumstände, Beschäftigungsduer noch bedeutend schlechtere Bedingungen bieten als bisher für ausländische Arbeitskräfte üblich.

Für Ausländerbeschäftigung allgemein macht das Arbeitsamt Schweinfurt folgende Angaben:

- \* Ausländische Beschäftigte haben überwiegend den Status eines Arbeiters. Auf Arbeitsplätzen mit Fließband-, Akkord- und Schichtarbeit sind sie besonders häufig anzutreffen; meist über sie angelernte oder ungelernte Tätigkeiten aus.
- \* Domäne der Ausländerbeschäftigung ist immer noch das verarbeitende Gewerbe (62 %);
- \* Nur jeder siebte männliche Arbeiter ist Facharbeiter, während bei den bundesdeutschen Arbeitern jeder dritte diesen Status innehat;
- \* Der Frauenanteil an den Beschäftigten ist wesentlich geringer als bei deutschen Arbeitnehmern (28 Prozent im Vergleich zu 39 Prozent). Annähernd die Hälfte aller Ausländerinnen arbeitet im Reinigungs- und Gaststättengewerbe, im Handel sowie im Gesundheitswesen.

## Stellungnahme zu den türkischen Demonstrationen

Das Münchener Kurdistan-Komitee hat die folgende Erklärung anlässlich verschiedener Demonstrationen von türkischen Einwohnern der Bundesrepublik — zuletzt am 11. 4. in Bonn — gegen die Türkei-Politik der Bundesregierung und gegen den kurdischen Befreiungskampf herausgebracht, die wir etwas gekürzt veröffentlichen. Während sozialdemokratisch orientierte Türken in der BRD auch für friedliche Lösungen demonstrierten, versuchten türkische Nationalisten, den Konflikt weiter zu verschärfen:

„... Die Föderation der Idealistenverbände in Europa, die bekanntlich eine faschistische Organisation ist und hinter der die berüchtigte Partei der „Grauen Wölfe“ des „Türkes“ steckt, mobilisiert mit den türkischen Konsulaten gemeinsam europaweit ihre Anhänger. Die Föderation der Idealistenverbände hatte sich nach ihrer Verwicklung in das Attentat auf den Papst bis vor kurzem noch weitestgehend von der öffentlichen Bildfläche zurückgezogen.

Wie auch in der Türkei, wo man nun seit Jahren schon in der Kurdenpolitik auf Konzeptvorlagen dieser Organisation zurückgegriffen hat, soll auch im Exil ihr eine besondere Rolle zugesprochen werden. Denn die Zusammenarbeit mit diesem Sammelbecken für ultrarassistische und nationalistische Fanatiker,

die zumeist in sogenannten islamischen Gemeinden verdeckt aktiv sind, hatte sich bereits in der Vergangenheit bewährt. Die Ermordungen von zahlreichen kurdischen und türkischen Exilpolitikern in den 80er Jahren sind noch in guter Erinnerung.

Seit nun einiger Zeit fällt uns auf, daß die Politik der Türkei zunehmend darauf ausgerichtet ist, den antikolonialen Befreiungskampf der Kurden als einen aus Jugoslawien bekannten absurd Nationalitätenkonflikt zu interpretieren. Euphorische Bilder auf den Titelseiten der türkischen Tagespresse, die „patriotische Bürger“ zeigen, während sie auf offener Straße am helllichten Tag „Separatistenfreunde und Vaterlandsverräte“ erschlagen, und „antikurdische Demonstrationen“ ergänzen sich.

Staatlich angeordneter Rassismus soll das eigentliche Problem, welches weit entfernt ist von einem Nationalitätenkonflikt, vernebeln und die Gesellschaft polarisieren. Eine türkische Einheitsfront gegen die bedrohlich wirkenden „Wilden aus dem Osten“, deren Namen man bis vor kurzem kaum auszusprechen wagte: Kurden.

Wir erklären, daß wir diese Provokationen des türkischen Staates verurteilen und auf der Grundlage der Freundschaft aller Völker ausdrücklich jegliche Art von Nationalismus verurteilen und unsere Verbundenheit mit dem türkischen Volk betonen ...“

— (München, 2. 4. 92. Kurdistan-Komitee)



Foto: af/mz

**W**ir dokumentieren nachfolgend die „Erklärung der RAF“ vom 10.4.92 und die Stellungnahme, die Irmgard Möller für die Gefangenen aus RAF und Widerstand dazu abgegeben hat. Die Reaktionen auf Seiten des Staates lassen erkennen, daß hartgesottene Reaktionäre aus allen staatstragenden Parteien hart darum kämpfen, die politischen Gefangenen, d. h. vor allem die zu lebenslang verurteilten, bis zum Tode im Gefängnis festzuhalten. Ihre Motive sind niedrigster Art. Sie wollen — wie schon seit 20 Jahren, wie mit den grausamen und unmenschlichen Isolationshaftbedingungen — die Reichweite staatlicher Macht demonstrieren, sie wollen Menschen zerbrechen, rituell hinrichten. Eine zweite Gefahr ist, daß solche wie Bundesjustizminister Kinkel, die seit einigen Monaten Gefangenen die be-

# „Wir wollen — seit 89 ja schon — eine Zäsur im gesamten politischen Zusammenhang“

dingte Freilassung in Aussicht stellen, die Bedingungen dafür sehr hoch, zu hoch schrauben. Demgegenüber ist es wichtig, daß sich die oppositionelle politische Bewegung darauf verstündigt, für die Freilassung jedes einzelnen der Gefangenen zu kämpfen, zuallererst für die Haftunfähigen und für die, die mehr als 15 oder gar 20 Jahre inhaftiert sind. Mit jeder Freilassung, die durchgesetzt werden kann, werden Maßstäbe gesetzt, wird die weitere Inhaftierung der übrigen Gefangenen erschwert. — (scs)

## Erklärung der RAF

An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann.

Das ist auch unsere Suche.

Es gibt tausende Probleme, die auf dem Tisch liegen und nach Lösungen schreien und die, wenn sie nicht bald angepackt und gelöst werden, die ganze Menschheit in die Katastrophe führen.

Sie alle sind entstanden durch das kapitalistische Prinzip, daß nur Profit und Macht zählen und die Menschen und die Natur dem untergeordnet sind.

Wir, die RAF, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. Wir haben überlegt, daß es darum geht, neue Bestimmungen für eine Politik herauszufinden, die tatsächliche Veränderungen für das Leben der Menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den Herrschenden die Bestimmung über die Lebensrealität ganz entzieht. Dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame Geschichte aller im Widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben und was wichtige Erfahrungen waren, die

wir oder andere gemacht haben, und welche Bedeutung sie für die Zukunft haben können.

Ausgangspunkt war:

1. die Tatsache, daß wir alle vor einer völlig veränderten Situation im weltweiten Kräfteverhältnis standen —

die Auflösung des sozialistischen Staatsystems, das Ende des Kalten Krieges.

Wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen Kampf einen Durchbruch für Befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist. Die Befreiungskämpfe waren insgesamt zu schwach, um gegen die auf allen Ebenen ausgeweitete Kriegsführung des Imperialismus durchzukommen.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Innern ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen.

Aber dadurch hat sich für alle die Notwendigkeit nochmal deutlicher gezeigt, daß die Kämpfe um Befreiung nur aus dem Selbstbewußtsein der eigenen, speziellen Geschichte der Völker, den authentischen Bedingungen und Zielen entwickelt werden können. Und nur daraus kann eine neue internationale Kraft entstehen.

Das haben viele GenossInnen aus dem Trikot in die Diskussionen eingebracht, und sie haben dort Anfänge einer ganz neuen Politik gefunden und umgesetzt — das werden wir hier auch. Darin sind wir mit ihnen verbunden.

2. Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor 89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind. Wir haben aus verschiedenen Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht.

Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht.

Uns ist klar geworden, daß wir die Leute suchen müssen und daß es so nicht weitergeht, daß wir als Guerilla alle Entscheidungen allein treffen und erwarten, daß die anderen sich an uns orientieren. Wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die Realität war so.

Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert, und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt.

Die Verhältnisse zu den Leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster Linie darüber bestimmt, gemeinsam zum Angriff zu kommen. Deshalb gab es in der Bestimmung gar nicht den Raum, daß sie eigene soziale Werte in ihrem Alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben könnten. Nur daraus hätten wir zusammen zu einer Politik kommen können, die für mehr Menschen, auch für welche, die außerhalb der verschiedenen Scene-Ghettos leben, erfahrbar macht, daß die Käfe und Ohnmacht im Imperialismus nicht Schicksal wie Naturgewalt ist, sondern da aufhört, wo Menschen ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen und das hier und heut anfangen zu leben.

Daraus hatten wir die Konsequenzen gezogen und zwei Jahre lang einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und praktischen Interventionen ver sucht.

Wir dachten, wir könnten dadurch, wie wir unsere Aktionen bestimmen und wie wir reden, von uns aus ein neues Verhältnis schaffen und dadurch die notwendigen Voraussetzungen für eine gemeinsame Diskussion und daraus eine gemeinsame Perspektive mit viel mehr Menschen und Gruppen möglich machen.

Daß wir unseren Prozeß nicht nachvollziehbar, sondern nur bruchstückhaft als Ergebnis unserer Diskussion in den Erklärungen und Briefen vermittelt haben, war ein Fehler.

Und das hier ist auch nur ein Anfang, und wir werden demnächst über alles genauer reden.

Nach diesen zwei Jahren ist uns klar geworden, daß es so nicht ausgereicht hat, daß wir so nicht den Raum aufmachen können für alles das, was wir jetzt und für die nächste Zeit am wichtigsten finden:

die seit langem notwendigen gemeinsamen Diskussionen und den Aufbau von Zusammenhängen unter den verschiedenen Gruppen und Menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom Alltag der Menschen in dieser Gesellschaft, aus dem für viele die Notwendigkeit drängt, ihre eigene Lage in die Hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach Lösungen zu suchen.

Wir denken, solche Zusammenhänge können die Basis werden von der Kraft, die wir Gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. Solange eine solche gesellschaftliche Alternative zur Zerstörung und Verzweiflung im System nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne Perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden usw., und es wird dabei bleiben, daß immer mehr Leute den Faschisten hinterherlaufen.

Das alles steht im krassen Widerspruch dazu, daß sich auf Seiten des Staates wirklich eine andere Haltung durchzusetzen beginnt.

Aus unseren Erfahrungen und aus den Diskussionen mit GenossInnen über alle diese Fragen steht für uns heute fest, daß die Guerilla in diesem Prozeß von Aufbau nicht im Mittelpunkt stehen kann.

Gezielt tödliche Aktionen von uns gegen Spitäler aus Staat und Wirtschaft können den jetzt notwendigen Prozeß im Moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte Situation für alles, was in Anfängen da ist, und für alle, die auf der Suche sind, eskalieren.

Die Qualität solcher Angriffe setzt eine Klarheit darüber voraus, was sie an Veränderungen konkret in Gang setzen können. Diese Klarheit kann es jetzt, in einer Zeit, in der es für alle um ein Sich-Finden auf neuer Grundlage geht, nicht geben. So verstehen wir das auch, wenn uns welche sagen, mit solchen Aktionen nehmen wir das Ergebnis doch schon vorweg.

Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen.

Dieser Prozeß von Diskussionen und Aufbau einer Gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen Bestandteil den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen mit ein.

Aus 20 Jahren Ausnahmestand gegeben die Gefangenen, Folter und Vernichtung geht es jetzt darum, ihr Recht auf Leben durchzusetzen —

Ihre Freiheit erkämpfen!

Justizminister Kinkel hat mit seiner Ankündigung im Januar, einige haftunfähige Gefangene und einige von denen, die am längsten im Knast sind, freizulassen, das erste Mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen.

Gegen die Gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf Vernichtung gesetzt.

Die Kinkel-Ankündigung wirft die Frage auf, ob der Staat dazu bereit ist, aus dem Ausmerz-Verhältnis, das er gegenüber allen hat,

die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die eigene Interessen und Ziele entgegen den Profitinteressen formulieren und umsetzen.

Also ob er Raum für politische Lösungen zuläßt (und wenn auch Vertreter aus der Wirtschaft dahingehend Druck auf die Regierung machen, kann das nur gut sein).

Wir werden uns genau ansehen, wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist.

Bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen, außer daß Claudia Wannersdorfer nur einige Monate, bevor sie sowieso entlassen worden wäre, rausgekommen ist. Alle anderen Haftunfähigen — Günter Sonnenberg, Bernd Rößner, Isabel Jacob, Ali Jansen — sind noch immer drin. Und Irmgard Möller, nach 20 Jahren immer noch im Knast.

An den Haftbedingungen hat sich bis heute nichts verbessert.

Die 2/3-Anhörungen bei Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoenen glichen Inquisitionen. Angelika Goerder wird trotz ihrer Krankheit mit Knast bedroht. In der Ankündigung neuer Prozesse gegen Gefangene aufgrund der Kronzeugenaussagen drückt sich weiter das eiskalte Rachebedürfnis des Staates aus und das Ziel, Gefangene für ewig im Knast einzumauern.

In der Welt wird mit Bezug auf das Stuttgarter Justizministerium der ungebrochene Vernichtungswille formuliert: Wenn es nach denen ginge, wäre bei Günter, der schon seit 15 Jahren haftfähig gefangen gehalten wird, nur dann an seine Freilassung zu denken, wenn er sich widerstandslos den repressiven Knast schikanen unterwirft. „Renitenter Gefangener“, weil er solidarisch ist und mit seinen Freunden weiterhin zu tun hat. So hetzen sie gegen seine Freilassung.

Das alles steht im krassen Widerspruch dazu, daß sich auf Seiten des Staates wirklich eine andere Haltung durchzusetzen beginnt.

Die Haftunfähigen und die Gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer Freilassung zusammenkommen!

Es ist eine wichtige Weichenstellung, ob sich in nächster Zeit was in diese Richtung bewegt: daran kann jede/r sehen, in welche Richtung der Zug fahren soll; setzt sich im Apparat die Fraktion durch, die einsieht, daß sie anfangen müssen, Zugeständnisse für politische Lösungen zu machen, oder setzen sich die Scharfmacher und Eisenfresser durch.

Das wird sich nicht nur am staatlichen Verhalten gegenüber den politischen Gefangenen zeigen. Es gibt auch andere Brennpunkte, an denen diese Weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. Da, wo die Kämpfe schon so weit sind, daß sie einen Raum durchgesetzt haben, wird es sich schnell zeigen, wie weit sie politische Lösungen zulassen oder auf Krieg setzen.

Zum Beispiel, ob sie den Leuten in der Hafenstraße nach 10 Jahren Kampf weiterhin ihre Existenzberechtigung streitig machen.

Aber langfristig geht es ja um viel mehr:

— Es gibt Kämpfe der sozialen Gefangenen gegen Sonderhaft und überhaupt gegen unmenschliche Bedingungen in den Knästen. Es darf nicht so laufen, daß die politischen Gefangenen aus den Vernichtungsstrakten kommen und danach andere hinein.

Alle Isolationstrakte müssen geschlossen werden!

— Es gibt Kämpfe um Zentren, um Lebens- und Wohnraum von vielen, die das heute hier nicht haben.

— Es wird sich zeigen, inwieweit die Menschen in der Ex-DDR weiterhin im Schnellverfahren zu willlosen Objekten in das kapitalistische System gepreßt werden sollen oder sie Raum erobern können, die Entwicklung selbst zu bestimmen.

— Es ist eine wichtige Frage, wie lange noch der Staat den Rassismus gegen die Flüchtlinge schüren und sie als „Untermenschen“ behandeln kann, um sich und die Wirtschaft damit aus der Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnutz, Altersarmut usw. zu ziehen.

Und wie lange er noch diese Menschen wieder ins Elend zurückzuschicken kann, das er ständig mit produziert.

— Es ist seit langem Realität, daß die Bullen Faschisten schützen und Antifaschisten niederknüppeln, daß sie DemonstrantInnen in den Tod hetzen, wie Conny Wissmann, daß sie auf sie schießen, wie vor ein paar Monaten in Frankfurt, und Flüchtlinge mit Elektroschocks foltern usw.

— Es ist die Frage, ob deutsche Soldaten wieder gegen andere Völker marschieren und wie lange denn noch faschistische Regimes mit Waffen und Unterstützung von hier die Bevölkerungen massakrieren können.

Vor allem daran, wie an allen diesen Fragen — und logisch ist das nicht vollständig hier — Kämpfe in der Gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer Raum für Lösungen erkämpft werden kann.

Von allein werden sie an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe für unsere Forderungen notwendig sein.

Wir haben von uns aus jetzt mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinandersetzung einen Schritt gemacht, um diesen politischen Raum aufzumachen.

Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält;

und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussion und Aufbau schützen.

Wenn sie diejenigen, die diesen Prozeß für sich in die Hand nehmen, mit ihrer Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen, also weiter auf Krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die Phase des Zurück-Nehmens der Eskalation vorbei — wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können.

Auch wenn es nicht unser Interesse ist: Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden.

Rote Armee Fraktion  
10.4.1992

Einen Einschnitt gegenüber der Geschichte von 22 Jahren.

Wir spinnen uns nicht an dem, was real möglich ist, vorbei, wenn wir sagen:

Wir wollen eine Perspektive der Freiheit für alle von uns in einem absehbaren nächsten Zeitraum.

Auch in unserer Vorstellung geht das nicht sofort und nicht auf einmal für alle von uns.

Wir sagen aber ganz deutlich: Was 22 Jahre lang nach politischen Erwägungen und Kriterien der Bekämpfung und Vernichtung auch gegenüber den Gefangenen entschieden wurde (von den Sondergesetzen über die Staatsschutzgerichte bis zu den Details der Isolation) — wogegen wir uns als Kollektiv durchgekämpft haben, neu von uns Gefangenen sind in diesem Kampf gestorben, aber in seinen Zielen haben wir es zum Scheitern gebracht —, kann nicht nach diesen Jahrzehnten als scheinnormales Verfahren einer „Lösung“ zugeführt werden.

Das ginge an der Wirklichkeit vorbei und wäre eine Verhöhnung aller, die einen anderen Begriff der politischen Geschichte der letzten 25 Jahre der BRD haben als die Sicherheitsapparate und die Staatsschutzjustiz und die sich ihre politische Geschichte nicht rauben lassen wollen.

Geschichte ist kein Staatsbesitz, die staatsoffizielle Version ist nicht unsere.

Es geht nur so, daß mit gesellschaftlichen Widersprüchen politisch umgegangen wird.

Wir, die Gefangenen aus RAF und Widerstand, und die RAF haben dafür den Raum aufgemacht.

Mit „Taktieren“ hat das nichts zu tun.

Irmgard Möller  
für die Gefangenen aus RAF und Widerstand  
Lübeck, 15.4.92

Polen setzt Hoffnungen auf eine Integration in einen „gesamteuropäischen Wirtschaftsraum“. Im März ist der handelspolitische Teil des Assoziierungsabkommens mit der EG in Kraft getreten. Es sieht die vollständige Marktoffnung für EG-Waren (mit wenigen Ausnahmen) in den nächsten fünf bis zehn Jahren vor. Angesichts ihrer riesigen Verschuldung bei westlichen Gläubigern (allen voran die BRD) weiß die polnische Regierung wohl selbst nicht mehr, was sie aus eigenem Antrieb zugestellt und wozu sie gezwungen wird. Die polnische Regierung wird zunehmend zur Exekutive der von den Gläubigerstaaten, der Weltbank, IWF usw. gesetzten Politik. So stellte der polnische Finanzminister sein Programm zur Senkung von Renten und Sozialhilfe sowie die Einführung von Umsatz- und Mehrwertsteuer ausdrücklich in den Zusammenhang mit Vorgaben von IWF und Weltbank. Das Haushaltsdefizit darf danach nicht 5 % des Bruttonsozialprodukts übersteigen. Gleichzeitig fällt selbst dem willfährigen Präsident Walewski auf, wer die Kosten des „freien Weltmarkts“ trägt. In einem Interview im *Handelsblatt* appelliert er an den Westen, sein Land nicht mit Waren zu überschwemmen. Der Westen habe mit seiner höheren Wettbewerbsfähigkeit den Niedergang der polnischen Industrie herbeigeführt. Polen scheint dafür hergerichtet, nun als Billiglohnland für EG- und vor allem deutsche Zwecke benutzt werden zu können. Im April 1991 vereinbarten Blüm und der polnische Minister Kuron eine „Vereinbarung über polnische Arbeitnehmer in Deutschland“, womit die Billiglohn-Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt geschürt werden soll. Abgestuft für verschiedene Einsatzgebiete und unter unterschiedlichen (schlechten) Arbeits- und sozialen Schutzbedingungen sind vorgesehen:

## Euroregion Oder-Neiße: Deutsche Ostexpansion schafft neues Gouvernement

1. 35 170 polnische Arbeitnehmer in Werkverträgen (v.a. Baubranche). 2. Zulassung von Saisonarbeitern ohne zahlenmäßige Begrenzung und ohne Beschränkung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche. Für 1991 waren über 100 000 Polen in Deutschland, Belgien, Frankreich in solchen befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. 3. Beschäftigung von Grenzgängern (Tagespendler) ohne zahlenmäßige Begrenzung.

Nächste Schritte der Erschließung des Ostens, d.h. der Nutzung wohlfeiler Ressourcen, werden angegangen. Dabei wird ähnlich der faschistischen Aufteilung Polens regional unterschiedlich vorgegangen. Besonderes Entwicklungsgebiet für deutsches Kapital soll die Grenzregion an Oder-Neiße werden. Dabei spielt nicht nur die örtliche Nähe eine Rolle. In vielen Gebieten ist damit auch die Einbeziehung von besonders deutsch-loyalen polnischen Staatsbürgern verbunden. Diese ortskundigen deutschen Vorposten sind als ideale Führungskräfte für billige polnische Arbeiter vorgesehen. Mit dem Nachbarschaftsvertrag sind sie wieder als „deutsche Minderheit“ anerkannt und damit offiziell der Obhut der Bundesregierung ausgesetzt. Diese unterstützt röhig zahlreiche Vereinigungen zur Pflege deutschen Selbstbewußtseins, z.B. deutschsprachige Schulen, und konnte erfolgreich sieben deutschstämmige Abgeordnete in den Sejm (polnisches Parlament) hieven.

Seit Anfang des Jahres gründen sich Institutionen zur Bildung einer Sonder-

region Oder-Neiße. Am 24.3. wurde in Frankfurt/Oder eine Tagung unter dem Thema „Wirtschaftlicher Strukturwandel in Brandenburg und grenzüberschreitende Kooperation mit Polen“ eröffnet. Unter den 500 Experten waren die Wirtschaftsminister/-senator von Brandenburg und Berlin, ein Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, der stellvertretende polnische Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der offizielle Berater der EG-Kommission Hahn. Die Konferenz will Wege finden, wie die Regionen Berlin, Brandenburg und Westpolen trotz wirtschaftlichen Gefäßes zusammenwachsen können. Arbeitsgruppen befassen sich u.a. mit Investitionsbedingungen in Polen, gegenseitigem Austausch von Arbeitskräften und Kooperationsstrategien im EG-Binnenmarkt. Absehbar ist die Forderung an die EG, ein grenzüberschreitendes Regionalförderprogramm zu starten. Die deutschen Kapitalisten könnten sich so Investitionen im nahen Billiglohnland mit europäischen Fördermitteln bezahlen lassen. Berlin kündigte an, neben Deutschland auch Westpolen ein wenig mitzuverwalten, da man keine „asymmetrische deutsche Hauptstadt“ werden wolle. Der Senat habe bereits beschlossen, sich in Westpolen an einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu beteiligen.

Von Kapitalistenseite gibt es bereits seit Januar eine „Deutsch-polnische Wirtschaftsgesellschaft“ (DePoWi) mit Doppelsitz in Frankfurt/Oder und Slubice. Über Kontaktbörsen sollen Part-

nerunternehmen zusammengebracht werden. Als Schwerpunkt sieht der DePoWi-Geschäftsführer die Verlagerung von arbeitsintensiven Produktions in das Billiglohnland Polen und Absatz der kostengünstigen Waren auf dem deutschen und polnischen Markt. Auf regionalen Messen und über die westliche Wirtschaftskammer Polens wurde schon großes Interesse von polnischen Firmen notiert. Zwei Pilotprojekte laufen bereits: Herstellung von Spezialfleistern und Produktion von Gußteilen in Gorzow für brandenburgische Unternehmen.

Polnische Medien, besonders in Regionen mit „deutscher Minderheit“, befürchten bereits, durch deutsche Wirtschaftskraft erneut erobert und versklavt zu werden. Angesichts dessen finden es, laut *Berliner Zeitung*, die Vertreter der deutschstämmigen Wählerschaft nicht opportun, mit „Heim-ins-Reich“-Forderungen ihre Stathalter-Funktion zu gefährden. Jenseits der Grenze formiert sich derweil eine Bewegung, die wieder das untergegangene „Schlesien“ ins Bewußtsein rücken will. Der Freistaat Sachsen soll danach den Doppelnamen „Sachsen-Niederschlesien“ führen. Gefordert wird ein eigener Regierungsbezirk, der 2099 qkm und 350 000 Einwohner umfassen soll. Die eigene gelb-weiße Fahne soll gleichberechtigt anerkannt werden. Vertreter der „Niederschlesier“ sollen in öffentlichen Gremien (z.B. Rundfunkrat) berufen werden.

Mit der Erschließung des Ostens für deutsches Kapital wird gleichzeitig der

Aufwand immer größer, um soziale Rückwirkungen zu unterdrücken. Es wird über den Ausbau von sechs bestehenden und 17 neuen Grenzübergängen verhandelt, während gleichzeitig eine „Abwehrlinie“ (Bundesinnenminister Seifers) an der Grenze nötig sei. Rasch wurden 1500 Grenzschutz- und Zollbeamte (außerhalb der Grenzübergänge) in mobile Fahndungs- und Greiftrupps zusammengezogen, um illegale Zuwendung und Schmuggel aus Polen und der CSFR zu verhindern. Unter übelsten Bedingungen werden Aufgegriffene zusammengebracht und nach Verhör sofort abgeschoben. Der „Export“ unverzöllter Zigaretten, mit denen polnische Familien sich gezwungen sehen, unzureichendes Einkommen aufzubessern, wird immer rigoroser verfolgt. So verwüsteten deutsche Zöllner kürzlich einen polnischen Reisebus. Sie schlitzten die Sitze auf, um einige verdeckte Zigarettenzacheln sicherzustellen. Die Oberfinanzdirektion Cottbus räumt nach polnischem Protest „Überreaktion“ und „Willkür“ der Zöllner ein und entschuldigte sich offiziell. Wobei das grundsätzliche Vorgehen nicht in Frage gestellt wird: Die Zöllner hätten den Busfahrer nur vorher nachdrücklicher auf die Folgen man gelnder Kooperation hinweisen müssen.

Quellen: *Tagespiegel*, 19.1., 3.3., 24.3., 25.3.; *Berliner Zeitung*, 16.1., 20.1., 30.1., 20.3.; *Berliner Morgenpost*, 24.3.92; *Politische Berichte*, 12 und 26/91 — (Aus: *Frontblatt*, April 1992 — ard)

**D**er folgende Artikel ist der Ausgabe 9 der *Antifaschistischen Bildungspolitik* entnommen; die Redaktion hatte bereits früher berichtet, wie sich westdeutsche und Westberliner Historiker um die vorläufig zwölf an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) neu zu besetzenden Professuren drängelten. Arnulf Baring, Historiker an der Freien Universität Berlin (FU), hatte ja bereits in der FAZ vom 11. Mai 92 vollmundig erklärt, eigentlich hätte die „kommu nistische Humboldt-Universität“ schlicht und einfach verschwinden und die FU an ihre Stelle treten müssen. Nachdem dies nicht geschehen sei, müsse die HU neugegründet, zu einem „Glanzstück Europas“, ja zu „einer Zierde der ganzen Nation“ gemacht werden. Deshalb bewerbe er sich dort. Im folgenden dokumentieren wir den Fortgang des Treibens der Historikerzunft-West. Der Text entstammt der Vierteljahreszeitschrift „1999“, Ausgabe 2/92. — (zem)

Humboldt-Universität zu Berlin — die etablierte bundesdeutsche Geschichtswissenschaft drängt zum Hofe  
Auf die Klage der Humboldt-Universität

### Kommentiert

Wer streikt, ruiniert die Wirtschaft! Die Gewinne steigen, die Löhne und Gehälter sollen stagnieren oder sinken. Das ist erforderlich, um den Industriestandort Deutschland zu erhalten, den Aufbau in den neuen Bundesländern zu gewährleisten. Außerdem kann nur auf diese Weise eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West ermöglicht werden. Die, die jetzt mehr Geld verlangen, gefährden die Arbeitsplätze, führen Deutschland in den Ruin!

Die Gewinne gehören den Unternehmen, die Löhne den Arbeitern und Angestellten. Wieso führen höhere Gewinne zu Wachstum und Stabilität und höhere Löhne und Gehälter zu Rezession und Instabilität? Die Fortsetzung dieses Gedankenganges macht nur dann ökonomischen Sinn, wenn unterstellt wird, daß die Gewinne investiert und die Löhne konsumiert, d.h. aufgefressen werden. Andernfalls wäre es ja egal, wessen Geld investiert wird. Einzuwenden wäre noch, daß die Arbeiter und Angestellten, wenn ihr Geld investiert würde, den gleichen Renditeanspruch hätten. Das müßte zumindest auf dem Papier die Investitionen verteuern. Deshalb müssen die Unternehmen dagegen sein, natürlich

## Die etablierte westdeutsche Historikerzunft drängt zum Hofe

gegen die verordnete Abwicklung ihrer Fachbereiche Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte und Erziehungswissenschaft sowie des Instituts für Philosophie hatte das Berliner Oberverwaltungsgericht am 10. Juni 1991 den folgenden Beschuß gefaßt: eine Abwicklung von Teilbereichen der Universität ist nach dem Einigungsvertrag und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur zulässig, wenn die Fachbereiche tatsächlich aufgelöst und nicht nur umstrukturiert werden. Dies sei jedoch bei den genannten Fachbereichen nicht der Fall. Bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren müßten die Einrichtungen auf jeden Fall fortgeführt werden (OVG 8 S 78.91).

Dieser gerichtliche Abwicklungsstopp kümmerte die Struktur- und Berufungskommission für den Fachbereich Geschichte nicht. (Diese) wird von Ger-

nard A. Ritter geleitet. Mitglieder sind Otto Gerhard Oexle, Winfried Schulze, Fritz Klein, Ruth Struve, Peter Musiolik (zwischenzeitlich verstorben) und Heidemarie Böcker. Sie reichte nach Prüfung der Bewerbungen auf ihre Ausschreibungen Berufungsvorschläge ein und handelte so, als ob das Gericht das Gegenteil, nämlich die Auflösung, Neugründung und Neubesetzung des Fachbereichs beschlossen hätte.

Bei den inzwischen erfolgten Berufungen hat sich die Inkonsistenz von Rektor und Akademischem Senat der Humboldt-Universität fatal ausgewirkt. Obwohl sie erfolgreich gegen die Abwicklung geklagt hatten, wirkten sie auch nach dem Beschuß des Oberverwaltungsgerichts an dieser Berufungspraxis mit und kamen damit dem Bestreben des Berliner Wissenschaftssenators, Erhard, diesen Beschuß zu ignorieren, sehr weit entgegen.

Bis Anfang Januar wurden am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität die folgenden Berufungen für eine C 4-Professur ausgesprochen und ange nommen:

Prof. Dr. Michael Borgolte von der Universität Freiburg (Mittelalterliche Geschichte), Prof. Dr. Wolfgang Hartwig von der Universität Erlangen (Neuere Geschichte), Dr. sc. Hartmut Hartwig vom aufgelösten Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin (Preußische Geschichte), Prof. Dr. Ludolf Herbst vom Institut für Zeitgeschichte in München (Zeitgeschichte), Prof. Dr. Hartmut Kaelble von der Freien Universität Berlin (Sozialgeschichte), Prof. Dr. Wilfried Nippel von der Universität Bielefeld (Alte Geschichte/Griechische Geschichte), Prof. Dr. Heinrich August Winkler von der Universität Freiburg (Neueste Geschichte). Berufungsverhandlungen laufen noch mit Prof. Dr. Hartmut Boockmann von der Universität Göttingen (Mittelalterliche Geschichte), mit Prof. Dr. Heinz Schilling von der Universität Gießen (Geschichte der frühen Neuzeit) und mit Prof. Dr. Peter Weiß von der Universität Kiel (Alte Geschichte/Römische Geschichte).

Dessen ungeachtet sind entsprechend dem OVG-Beschluß die bisherigen Arbeitsverhältnisse für alle Mitarbeiter des Instituts für Geschichte weiter gültig, und sie setzen ihre Lehrveranstaltungen fort.

Da auch die neuberufenen Professoren und deren Assistenten ihre angekündigten Lehrveranstaltungen und Seminare abhalten, dürfen die Geschichtsstudenten über eine einmalige Auswahl verfügen. Doch nur im Lehrangebot sind die Wissenschaftler formal gleichberechtigt. Ansonsten sind die im Hochschulrahmengesetz und im Selbstverwaltungsprinzip der Hochschule verfügbten Rechte nur für die neuberufenen Professoren gültig: Nur sie besitzen das aktive und passive Wahlrecht, nur sie können zu Direktoren, Dekanen usw. gewählt werden. Für die verbliebenen Wissenschaftler schuf das Berliner Hochschulergänzungsgesetz dagegen den Status eines „minderen Rechts“, der den Wissenschaftssenator unbekümmert um das Grundgesetz für legitim hält.

Das Bestreben des Senats, der Struktur- und Berufungskommission, des designierten Institutedirektors Winkler und anderer interessanter Personen geht dahin, diese Wissenschaftler „minderen Rechts“ so schnell und so reibungslos wie möglich loszuwerden. Jede der beteiligten Institutionen versucht dabei, den anderen den Schwarzen Peter der endgültigen Kündigung zuzuschreiben.

**Heinrich August Winkler  
an der Humboldt-Universität:  
Modellfall einer Erfahrung mit  
den neuen West-Professoren**

Nachdem bereits in den letzten Semestern eine Reihe von Gastprofessoren und -dozenten westdeutscher Universitäten an der Humboldt-Universität gelesen hatte, wurden zum Wintersemester 1991/92 die ersten C 4-Professoren aus dem Westen berufen. Zu den ersten vier gehört der Professor für Neueste Geschichte und designierte Direktor des Instituts für Geschichte, Heinrich August Winkler (I) von der Universität Freiburg. Unabhängig von seinem fachlichen Können und seinem politischen Standort lieferte Winklers Verhalten gegenüber den Ost-Kollegen an der Universität den Modellfall einer Erfahrung, die der Journalist Wolfgang Sträter so kennzeichnete: „Der arrogante Übernahme der Westler steht das alte Personal fassungslos gegenüber. (Die) Veränderung wird wie Hausfriedensbruch wahrgenommen.“ (taz, 24.10.1999)

Inzwischen ist Winkler längst nicht mehr der einzige neu berufene Professor. Daß er auch nach der Berufung

eines halben Dutzends anderer West-Historiker als Modellfall der arroganten Übernahme personifiziert wird, hat weder mit dem frühen Zeitpunkt seiner Berufung noch mit der Designation durch den Wissenschaftssenator zum Institutedirektor zu tun, vielmehr hat er dazu wesentlich selbst beigetragen. Als Bedingungen seiner Berufung setzte er durch: 14 000,— DM Monatsgehalt, drei persönliche Assistenten, eine Zimmerflucht von vier zusammenhängenden Räumen, Übernahme der Fachbereichsleitung ... Für das Verhalten des künftigen Direktors gegenüber dem bestehenden und uneingeschränkt tätigen Institut sind drei Beispiele bezeichnend:

1. Winkler wurde zwar von Wissenschaftssenator Erhardt zugesagt, daß er ab 1. Oktober 1991 das „Dekanat“ übernehmen könnte, doch Rektor und Akademischer Senat akzeptierten diese Vorentscheidung nicht, so daß der bisherige Institutedirektor Prof. Ingo Materna legal weiter amtiert und für die Arbeitsfähigkeit des Instituts verantwortlich ist. „Ich hatte gedacht“, so Materna, „daß es eine Integration geben könnte. Aber Winkler zieht einen Laden neben uns auf.“ Dadurch wurde das Institut in wichtigen organisatorischen Fragen blockiert. Zusätzlich schickte Winkler dem amtierenden Direktor ein Schreiben des Inhalts, daß sich die neuen, allein vollberechtigten Professoren auf ihn als künftigen Institutedirektor geeinigt hätten und er Materna hiermit entlasse. Dieses Schriftstück war besonders brüskend gehalten: Winkler hatte es seiner Sekretärin per Telefon diktiert und nicht einmal unterschrieben.

2. Doch nicht nur den amtierenden Direktor suchte Winkler auszuschalten. Es erschien ihm auch unnötig, sich mit den alten, ihm aber neuen Institutskollegen ins Benehmen zu setzen: „Ich weiß doch gar nicht, wer von denen überhaupt da bleibt“, antwortete er auf die Frage des taz-Journalisten. Gerade darauf aber nimmt der künftige Institutedirektor entscheidenden Einfluß.

3. Im Gegensatz zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wendet sich der neue West-Professor dem Inventar der Institutsbibliothek sehr direkt zu: Zum Entsetzen der Studenten und Kollegen und unbeschadet aller Benutzungsvorschriften beorderte er gleich mehrere hundert Bücher als persönliche Handbibliothek in seine Zimmer, weit entfernt von den Institutsräumen und unerreichbar für die Lesebedürfnisse der Studenten.

zit. a. 1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 2/92, S. 132 ff

# Protest und Forderungen gegen die Wohnungsnot im Osten

Seit dem Anschluß ist der Wohnungsneubau im Osten fast zum Erliegen gekommen. In Thüringen — hier sind 75 000 als wohnungssuchend gemeldet — wurden 1991 gerade 2 131 Wohnungen im sozialen, 1 531 im frei finanzierten Wohnungsbau fertiggestellt. Viele Mieter müssen die Kündigung fürchten, auch hier die Zahlen aus Thüringen: Für 180 053 Wohngebäude — bei einem Wohnungsbestand von 1,1 Mio. — liegen Rückübertragungsanträge vor. Das dritte große Problem sind die auch nach der Erhöhung im Oktober weiter steigenden

Mieten. Aus Gera berichtet der Mieterverein Mieten von 9,00 bis 11,00 DM/qm in Massenbauwohnungen. Bei einer Befragung von 2000 Mieterhaushalten in Ostberlin stellte der dortige Mieterverein fest, daß jeder vierte Haushalt mehr als ein Viertel des Einkommens (durchschnittlich bei 1800 DM) für die Miete ausgeben muß. Vor diesem Hintergrund dokumentieren wir zwei Gesetzentwürfe der PDS-Gruppe im Bundestag. Ähnliches forderten auch die 2000 Menschen aus Brandenburg, die am 12. 3. in Bonn demonstrierten. — (scc)

## Verlängerung der Regelung über den erweiterten Kündigungsschutz in den neuen Bundesländern

Antrag der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Barbara Höll und der Gruppe PDS/Linke Liste

**Der Bundestag wolle beschließen:**  
Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der vorsicht, die bestehenden Regelungen über den erweiterten Kündigungsschutz für Mieter in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin, die am 31. Dezember 1992 auslaufen, zunächst um weitere fünf Jahre zu verlängern und die Rechtsicherheit hinsichtlich der Wirksamkeit des Kündigungsschutzes zu verstärken. In diesem Gesetzentwurf sollte enthalten sein:

1. Die in Anlage I des Einigungsvertrages zum Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Artikel 232 § 2 Absatz 3 getroffene Termingesetzung ist dahin gehend zu ändern, daß sich der Vermieter auf Eigenbedarf erst nach dem 31. Dezember 1997 berufen kann.

2. Artikel 232 § 2 Absatz 4 des oben genannten Gesetzes — betrifft sogenannte Einliegerwohnungen — ist wie folgt zu ändern:

„(4) Vor dem 1. Januar 1998 kann der Vermieter ein Mietverhältnis nach § 564 b Absatz 4 Satz 1 BGB nur kündigen, wenn ihm die Fortsetzung des Mietverhältnisses wegen eigenem dringenden Wohnbedarf nicht zugemutet werden kann bzw. die Voraussetzungen des Absatzes 2 Nr. 1 vorliegen.“

3. § 571 BGB („Kauf bricht nicht Miete“) ist wie folgt zu ergänzen:

„(3) Die Rückübertragung der Eigentumsrechte an einem Grundstück bzw. die Aufhebung der staatlichen Verwaltung steht hinsichtlich der Fortsetzung des Mietverhältnisses dem Erwerb gleich.“

4. In geeigneter Form ist zu regeln, daß Bürgern der neuen Bundesländer und Ost-Berlins mit niedrigem Einkommen, die bedingt durch die Familienentwicklung in unterbelegten Wohnungen leben, so lange Wohngehol ohne obere Begrenzung zu gewähren ist, bis die Kommunen in der Lage sind, diesen zu meist älteren Bürgern angemessenen Wohnraum — auf Wunsch im angestammten Wohngebiet — anzubieten. Umzugskosten und Zuschüsse zur Neu-einrichtung sollten von der öffentlichen Hand übernommen werden.

5. Ergänzung des Wohngeldsondergesetzes durch Anerkennung eines Freibetrages für Schwerbehinderte analog § 16 Wohngeldgesetz.

6. Im § 566 a BGB (Widerspruch des Mieters gegen die Kündigung) ist in Absatz 1 hinter Satz 1 einzufügen:

„Eine Härte liegt insbesondere dann vor, wenn der Mieter oder zum Haushalt gehörende Familienangehörige schwerbehindert sind oder sich im höheren Lebensalter befinden.“

Bonn, den 13. Januar 1992,  
Dr. Ilja Seifert, Dr. Barbara Höll, Dr. Gregor Gysi und Gruppe

### Begründung:

#### A. Allgemeines

Gesicherte Mietverhältnisse sind angesichts rapid steigender Arbeitslosigkeit und erheblicher Einkommenseinbußen für einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer und Ost-Berlins von existentieller Bedeutung. Es ist nicht zu erwarten, daß die Angleichung der Lebensverhältnisse so rasch vor sich geht, daß der im Einigungsvortrag vereinbarte erweiterte Kündigungsschutz für Mietverhältnisse bereits am 31. Dezember 1992 auslaufen kann.

Es kommt hinzu, daß laut Einigungsvortrag Mietverhältnisse für Einliegerwohnungen an 1. Januar 1993 überhaupt nicht mehr geschützt sind und die

Fortsetzung von Mietverhältnissen bei Rückübertragung von Eigentum bzw. bei Aufhebung der staatlichen Verwaltung rechtlich nicht geregelt ist.

Da in den nächsten Jahren aufgrund rapid gestiegener Bau- und Grundstückspreise, hoher Zinssätze und außerordentlich begrenzter öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau mit einem ins Gewicht fallenden Wohnungsbau für Normalverdiener und sozial Schwache nicht gerechnet werden kann, kommt dem Bestandsschutz eine besondere Rolle zu, um der Verdränung einkommensschwächerer Haushalte aus ihren Wohnungen und Wohngebieten und dem Fall vieler Menschen in die Obdachlosigkeit wirksam zu begegnen. Das betrifft insbesondere auch ältere Menschen, die ihre durch die Familienentwicklung zu groß gewordenen Wohnungen nicht mehr bezahlen können, sowie Menschen mit Behinderungen, die einen erhöhten Wohnraumbedarf haben. Im Wohngeldsondergesetz sind solche Fälle nicht berücksichtigt.

Es handelt sich hier um ein humanitäres Problem, da ältere und behinderte Mieter von der Mietentwicklung besonders betroffen sind und keine oder nur wenige Möglichkeiten haben, durch Wohnungswchsel bzw. Erhöhung ihrer Einkommen ihre Lage zu verbessern.

#### B. Im einzelnen

Zu Nummer 1: Die schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern ist offenbar eine Illusion. Bei Eigenbedarfskündigungen haben die betreffenden Mieter praktisch keine Chancen, eine andere zuminutbare Wohnung zu bekommen. Die Erhaltung des sozialen Friedens erfordert, den erweiterten Kündigungsschutz zu verlängern.

Zu Nummer 2: Der vorgeschlagene Text entspricht der besonderen Situation der Wohn- und Mietverhältnisse in Einfamilienhäusern und beinhaltet eine angemessene Interessenabwägung. Eine völige Freigabe von durch dringenden Eigenbedarf oder von vertragswidrigem Verhalten der Mieter nicht gedeckten Kündigungen halten wir aus dem unter Punkt 1 angeführten Gründen in den nächsten Jahren für nicht vertretbar.

Zu Nummer 3: Für die Rückübertragung von Eigentumsrechten (Restitution) bzw. die Aufhebung der staatlichen Verwaltung gab es vor der Vereinigung keinen oder kaum Regelungsbedarf durch

das BGB. Durch die teilungs- und einigungsbedingten Folgen der 40jährigen Existenz von zwei deutschen Staaten ist eine Situation entstanden, die in Hunderttausenden von Fällen der Rückübertragung von Eigentumsrechten bzw. der Aufhebung der staatlichen Verwaltung einer eindeutigen rechtlichen Regelung hinsichtlich der Fortsetzung der Mietverhältnisse bedarf, zumal das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen einseitig der Restitution den Vorzug gegenüber der Entschädigung gibt und Fragen des Mieterschutzes bzw. des Schutzes der Interessen der bisherigen Nutzer nicht beantwortet.

Zu Nummer 4: Die gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraums im Sinne der Milderung der Disparitäten zwischen über- und unterbelegten Wohnungen war schon unter DDR-Verhältnissen trotz der damals geltenden Wohnraumlenkungsverordnung ein weitgehend ungelöstes Problem. Bei den niedrigen Mieten bestand im Grunde kein Anreiz, eine unterbelegte Wohnung gegen eine kleinere zu tauschen. Bestimmte staatliche Maßnahmen zur Übernahme der Umzugskosten und Einrichtungsbeihilfen hatten wenig Erfolg.

Mit der Steigerung der Miet- und Mietnebenkosten auf das Vier- bis Siebenfache ab 1. Oktober 1991 sind viele Mieter unterbelegte Wohnungen — vor allem ältere Bürger — in eine verzweifelte Lage geraten, da das Wohngeldsondergesetz solche Fälle nicht berücksichtigt. Die nach dem Sozialhilfegesetz möglichen, aber an entwidrigende Bedürftigkeitsnachweise gebundenen Mietzuschüsse werden nach unserer Auffassung der speziellen Situation nicht gerecht; es muß ein sozialverträglicher Übergang gefunden werden.

Zu Nummer 5: Der erhöhte Wohnraumbedarf von Menschen mit Behinderungen konnte zu DDR-Zeiten von diesen aufgrund der niedrigen Mieten in der Regel problemlos bezahlt werden. Das ist nach der von der Bundesregierung verordneten Mieterhöhung nicht mehr der Fall. Die mit dem Wohngeldsondergesetz getroffene „Vereinfachung“ stellt eine unzumutbare Benachteiligung der betreffenden Bürger dar und sollte korrigiert werden. Ein Antrag auf Einbringung eines entsprechenden Gesetzes des Landes Brandenburg wurde übrigens unter dem 5. Dezember 1991 dem Bundesrat zugeleitet.

Zu Nummer 6: Die in § 566 a BGB enthaltene „Härteklausel“ sollte entsprechend den zu den Punkten 4 und 5 dargelegten Gründen bestimmter gefaßt werden ...

## Gesetzgeberische Maßnahmen zur Mietpreisbindung in den neuen Bundesländern

Antrag der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Dr. Barbara Höll und der Gruppe PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen einzuleiten, um die Mietpreisbindung in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin entsprechend der „Ersten Grundmietverordnung“ vom 17. Juni 1991 und der Betriebskostenumlageverordnung vom 17. Juni 1991 sicher zu gewährleisten.

Bonn, den 13. 1. 1992

Dr. Ilja Seifert Dr. Barbara Höll

### Begründung:

In einem Gutachten von Dr. Carl-Hermann Bellinger wird rechtlich nachvollziehbar die Auffassung vertreten, daß die Mietpreisbindung für Wohnraum, der vor dem 3. Oktober 1990 errichtet wurde, in den neuen Bundesländern und

in Ost-Berlin nach dem gegenwärtigen Rechtszustand am 31. Dezember 1991 entfällt. Zumindest steht zu befürchten, daß sich Vermieter auf eine solche Rechtsmeinung berufen und Gerichte sie bestätigen könnten. Eine solche Rechtsunsicherheit hätte angesichts der prekären sozialen Lage eines Großteils der Menschen in dem betreffenden Gebiet verheerende Folgen.

Der Deutsche Mieterbund hatte sich in dieser Angelegenheit an die Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gewandt, aber den Bescheid erhalten, daß eine solche Gefahr nicht bestünde.

Es geht offensichtlich darum, daß bei der Auslegung des derzeitig auf diesem Gebiet geltenden Rechts die von Bundesregierung und Bundesrat gewollte Mietpreisbindung, die in einer Verordnung niedergelegt ist, durch die höhere Rechtskraft von Gesetzen außer Kraft gesetzt wird. Angesichts dessen halten wir eine rechtlich unanfechtbare Klarstellung für unabdingbar.

## Kurz berichtet

### Industriebeschäftigung im Anschlußgebiet halbiert

Die bundesdeutschen Konzerne und die Bundesregierung sowie die von diesen beauftragte „Treuhand“ haben es im ersten Jahr nach dem Anschluß der DDR fertiggebracht, fast die Hälfte der industriellen Betriebe in der DDR zu vernichten. Fast alle großen Industriebetriebe wurden entweder zerstört oder extrem verkleinert, ihr Absatz im Anschlußgebiet wurde von West-Konzernen und nicht den betreffenden Religionsgemeinschaften angehören, dürfen nicht länger bei der pauschalierten Berechnung mit einer fiktiven Kirchensteuer, die ihre Leistung kürzt, belastet werden. Noch dazu dieser Differenzbetrag zum individuellen Anspruch nur die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit entlastet und nicht den betreffenden Religionsgemeinschaften zufließt ... Ich weise in diesem Zusammenhang auf Bedenken aus Kreisen der Evangelischen Kirche auf dem Gebiet der früheren DDR bei der Übernahme des bundesdeutschen Kirchensteuersystems in. In der DDR war die Trennung von Staat und Kirche — zumindest auf diesem Gebiet — konsequent. Beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Außenstelle Berlin, geht man von zur Zeit 53 Prozent Kirchensteuerzahler in den fünf neuen Bundesländern und Berlin aus. Wissen die restlichen 47 Prozent, daß auch sie im Fall von Arbeitslosigkeit weniger Geld bekommen, als ihnen zusteht? — (har)

gemeinschaften angehören, dürfen nicht länger bei der pauschalierten Berechnung mit einer fiktiven Kirchensteuer, die ihre Leistung kürzt, belastet werden. Noch dazu dieser Differenzbetrag zum individuellen Anspruch nur die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit entlastet und nicht den betreffenden Religionsgemeinschaften zufließt ... Ich weise in diesem Zusammenhang auf Bedenken aus Kreisen der Evangelischen Kirche auf dem Gebiet der früheren DDR bei der Übernahme des bundesdeutschen Kirchensteuersystems in. In der DDR war die Trennung von Staat und Kirche — zumindest auf diesem Gebiet — konsequent. Beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Außenstelle Berlin, geht man von zur Zeit 53 Prozent Kirchensteuerzahler in den fünf neuen Bundesländern und Berlin aus. Wissen die restlichen 47 Prozent, daß auch sie im Fall von Arbeitslosigkeit weniger Geld bekommen, als ihnen zusteht? — (har)

### Berliner Verfassungsschutz bespitzelte Pfarrer

**Berlin.** Der Datenschutzbeauftragte Garstka hatte in seinem Jahresbericht 1990 auf die Speicherung von sechs Berliner Pfarrern im nachrichtendienstlichen Informationssystem Nadis hingewiesen. Es soll sich dabei um Mitglieder von als extremistisch eingestuften Gruppen wie der „Christlichen Friedenskonferenz“ und dem „Komitee für Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche“ gehandelt haben. Aus diesem Grunde beantragte eine Gruppe von kirchlichen Mitarbeiter Einsicht in die Unterlagen beim Verfassungsschutz. Dort stellten sie fest, daß zeitweise über rund 10 Prozent der evangelischen Pfarrer Informationen gesammelt worden sind. Die kirchlichen Mitarbeiter wollen jetzt wissen, ob diese Informationen beispielweise mit anderen Nachrichtendiensten ausgetauscht worden sind. Als Beispiele für gespeicherte Informationen nannte eine Gemeindepfarrerin aus dem Bezirk Steglitz ihre Unterschrift unter einem Rundbrief einer kirchlichen Diskussionsrunde, die vor rund zehn Jahren mit dem Sozialistischen Büro zusammengetragen habe. Ein weiterer Anlaß sei ein von ihr verfaßter Bericht über einen Moskauer Frauenkongress gewesen. — (har)

### Datenschutzbeauftragter gegen Gauck-Anfragen

**Berlin.** Der Berliner Datenschutzbeauftragte hat sich nochmals kritisch mit den Personalfragebögen für die Übernahme von Beschäftigten aus Ostberlin in den öffentlichen Dienst auseinandersetzt. Insbesondere kritisierte er Fragen, in denen die Bewerber zu einer „verfassungswidrigen Selbstbezeichnung“ hinsichtlich Straftaten genötigt werden (gemeint sind Fragen wie die nach „Verletzung von Menschenrechten“). Der Datenschutzbeauftragte wandte sich auch gegen die Absicht der Senatsverwaltung, alle übernommenen Beschäftigten aus Ostberlin durch die Gauck-Behörde überprüfen zu lassen. Dies sei nach dem Stasiunterlagenengesetz des Bundes zwar zulässig, seines Erachtens aber pauschal und — ohne jeden Anhaltspunkt im Einzelfall — nicht erforderlich. (Tätigkeitsbericht 1991 — har)

## Arbeitslose Atheisten um Kirchensteueranteil geprellt

Verschiedene Politiker haben über die Abschaffung der Kirchensteuer und Einführung einer Kultur- und Sozialsteuer für alle laut nachgedacht. Ihr Argument: Immer mehr Nicht-Kirchensteuerzahler nutzen kirchliche Einrichtungen. Bereits jetzt müssen arbeitslose Atheisten eine solche „Steuer“ zahlen aufgrund der pauschalierten Berechnungen der Arbeitsämter. Hierzu eine Presseerklärung der PDS Berlin: „Leistungsempfänger der Arbeitslosenversicherung in Ost und West, die keiner der großen Religions-



Potsdam. Wenn der befürchtete Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst Brandenburgs Realität wird, steigt die Arbeitslosenquote von gegenwärtig 16 auf über 20 Prozent. Der öffentliche Dienst würde dann „zum größten Arbeitsplatzvernichter“, so der ÖTV-Bezirksvorsitzende Ruhnke. 55 000 von 210 000 Beschäftigten droht bis 1994 ein Arbeitsplatzverlust. Besonders betroffen werden Kindertagesstätten (5 000-7 000 Stellen) und öffentlichen Nahverkehr (8 000 Stellen). 15 000 Beschäftigte aus ganz Brandenburg haben am 8. April gegen diese Pläne demonstriert (s. Bild). Sie fordern den Stopp des Stellenabbaus sowie einen Sozialtarifvertrag. — (har)

Der Film beruht auf Fakten, er basiert auf dem in einem Buch von C. U. Schminck-Gustavus dokumentierten Sondergerichtsverfahren gegen den Polen Walerjan Wróbel. Er ist der erste Spielfilm des Regisseurs Rolf Schübel, bisher bekannt durch Dokumentarfilme (Rote Fahnen sieht man besser, Der Indianer).

Im Juli 1942 verhandelt das Bremer Sondergericht gegen den knapp 17jährigen Walerjan Wróbel. Der Junge wird als „Volksschädling“ angeklagt. Damit beginnt der Film und blendet dann drei Jahre zurück.

Im Sommer 1939 trudelt der junge Walerjan noch durchs Leben, denkt sich Streiche aus, versucht, die einzige Kuh der Eltern zu reiten. Die Familie ist arm, aber Walerjan ist nicht unglücklich. Nach dem faschistischen Überfall auf Polen wird Walerjan wie zwei Millionen andere Polen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verpflichtet. Der Vater ermahnt ihn, immer höflich und fleißig zu sein, dann werde man ihn auch ordentlich behandeln. Walerjan zieht noch guten Mutes mit seinem Freund, in der Hoffnung, von seinem Arbeitslohn in Deutschland etwas nach Hause schicken zu können. Er landet allein auf dem Hof einer Witwe in der Nähe von Bremen, deren Sohn eingezogen

## Gegen den normalen Naziterror: Das Heimweh des Walerjan Wróbel

ist. Tochter und Knecht sind die einzigen weiteren Arbeitskräfte auf dem Hof. Die Bäuerin ist enttäuscht, daß ihr nur ein Junge als Arbeitskraft zugewiesen wird, und sie hält sich an die Fremdarbeiterverordnung. Der Junge darf nicht mit am Tisch essen, er muß allein essen und die Arbeit eines ausgewachsenen Mannes erledigen. Er kann sich mit niemandem verständigen, und er bekommt Heimweh. Walerjans Versuch, sich in der Nacht zu Fuß auf den Weg nach Polen zu machen, scheitert. Daraufhin zündet er Ende April 1941 in der Scheune ein Feuer an. Er hilft mit Löschen. Der Schaden ist nicht groß.

Die Bäuerin übergibt ihn der Polizei. Nachdem ein Gestapo-Dolmetscher hinzugezogen wird, wird klar, daß Walerjan den Brand gelegt hat in der Hoffnung, man werde ihn dann nach Hause jagen. Ein faschistischer Gefängnisarzt stuft ihn als „nicht eindeutschungsfähig“ und deshalb auch des Gefängnisses für unwürdig ein. Walerjan kommt für neun Monate, bis sein Prozeß

beginnt, ins Konzentrationslager Neuengamme. Dort muß er in der Kolonne bei Ausschachtarbeiten für einen Kanal mitarbeiten. Ein polnischer Mitgefänger hilft ihm, im KZ zu überleben. Als man Walerjan neun Monate später aus dem Lager ins Gefängnis überführt, hofft er, daß seine Strafe zu Ende sei und er nach Hause kann. Stattdessen kommt der Prozeß vor dem Sondergericht.

Gegen Walerjan Wróbel wird die Polenstrafrechtsverordnung angewendet, die zum Zeitpunkt seiner Tat noch nicht in Kraft war. Folge ist, daß sowohl Haftprüfungstermine wie auch die Überprüfung der Anklagegrundlage entfallen. Walerjan Wróbel wird der „schweren Brandstiftung“ angeklagt, obgleich er nach allgemeinem Strafgesetz nur wegen einfacher Brandstiftung und obendrein als Jugendlicher hätte verfolgt werden können. Das Ergebnis des Sondergerichtsverfahrens ist nach zweieinhalb Stunden Verhandlungsdauer das Todesurteil. Der Film zeigt den Weg Walerjan Wróbels bis

zur Vollstreckung des Urteils. Im Ablauf wird mitgeteilt, daß die Richter, die an diesem Prozeß beteiligt waren, nach dem Krieg als „Mitläufer“ und „Entlastete“ eingestuft wurden und ihre Beamtentätigkeit weiter ausüben konnten. Einer stieg bis zum Gerichtspräsidenten auf.

Obwohl der Film nicht über die Widerstandsbewegung gegen die Nazis berichtet, wendet er sich doch in vielen einzelnen Szenen gegen die Behauptung „man habe nichts tun können“. Menschliche Behandlung auf dem Hof hätte die Verzweiflung des Jungen dämpfen können. Auch die Rechtsprechung der Richter war nicht unausweichlich, sondern von dem Bestreben geprägt, durch Terrorurteile die

Karriere zu beschleunigen. Dies ist nicht zwingend.

Der Regisseur Rolf Schübel hat den Weg des Walerjan Wróbel in eindringlichen, unsentimentalen Bildern festgehalten. Ein großer Teil der Schauspieler sind Polen. Sie sprechen in ihrer Muttersprache, die Übersetzung wird in Untertiteln widergeben. Teilweise mischt Schübel schwarzweiße Dokumentarszenen aus der Nazizeit mit den farbigen Filmszenen, die Szenen im KZ und im Gericht haben nahezu dokumentarischen Charakter.

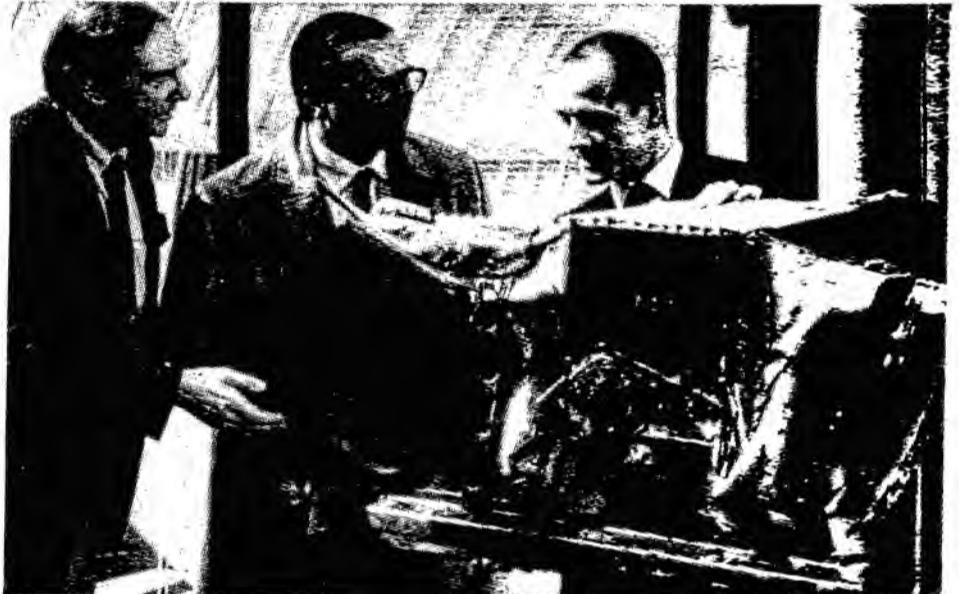
Schübel berichtet, er habe den Film in engem Kontakt mit den wenigen Überlebenden in Polen, die Walerjan Wróbel kannten, ausgearbeitet. Insbesondere die Szenen im Konzentrationslager

habe er mit ehemaligen Häftlingen überprüft, damit sie nicht als Fälschung diffamiert werden können. Gedreht ist der Film weitgehend an Originalschauplätzen in Polen und in und um Bremen. Die KZ-Szenen sind in der Gedenkstätte für das Konzentrationslager Auschwitz entstanden.

Anders als bei früheren Dokumentarfilmen Schübel hat das Innenministerium eine direkte Förderung des Films abgelehnt.

Der Film ist für die Unterrichtung über den Naziterror geeignet und soll in etwa eineinhalb Jahren auch für die Arbeit in Schulen und Jugendzentren über die Landeskundestellen ausleihbar sein. Wer nicht solange warten will, kann versuchen, mit Kinos Sondervorführungen für Schulklassen zu vereinbaren.

Verleih: FIFIGE Hamburgische Film- einkaufsges. mbH, Friedensallee 14-16, 2000 Hamburg 50. Quellenhinweis: C. U. Schminck-Gustavus, Das Heimweh des Walerjan Wróbel, Dietz Nachf. — (uld)



„Schtomp“: Ein Stück Blech von einem 1945 abgestürzten Flugzeug soll die Tagebuchtheorie erhärten.



Abfahrt von zu Hause



Im Konzentrationslager Neuengamme

## „Schtomp“ um Fälschung und Medienrummel

1983 zahlte der *Stern* 9 Millionen DM für die angeblichen Hitlerberücher und verkündete, große Teile deutscher Nachkriegsgeschichte müßten neu geschrieben werden. Ergebnis war dann ein Wechsel in der Chefredaktion und ein deutlicher Rechtsruck in der Berichterstattung. Dieser Fälschungsversuch ist im Film „Schtomp“ zu einer unterhaltsame, gut gespielten Komödie verarbeitet worden.

Der heruntergekommene Journalist Hermann Willi verschafft sich über die Göring-Jacht und -Nichte Zugang zu Nazikreisen, wo auf einer gespenstisch-grotesken „Führer-Geburtstagsfeier“ das erste Tagebuch vorgestellt wird. Wie Verlagsleitung und Chefredaktion, die zunächst mit dem „schnierigen“ Typen und seiner „braunen Sofe“ nichts zu tun haben wollen, dann auf die Geld und Ruhm verheißende Sa-

che immer schneller und bedingungsloser aufspringen, Willi hoffieren, Anreden wie „Obersturmbannführer“ oder gar „mein Führer“ plötzlich selbstverständlich finden, ist sehenswert.

Der „Antiquitätenhändler und Kunstmaler“ Fritz Knobel, schon lange im Geschäft mit Fälschungen für Anhänger des Nationalsozialismus, produziert mit einfachsten Mitteln (Toaster, Vorhangskordeln und Tee) in kürzester Zeit in beliebigem Umfang, die Geldgeber sind begeistert, lauschen fast ehrfürchtig Knobels niedergeschriebenen Geschwätz, verschiedene beauftragte Gutachter sind gleichermaßen überzeugt, der Journalist wird zum Star (die Nichte wird da bald nicht mehr benötigt). Das Ganze gipfelt in einem gigantischen Pressepektakel.

Nachdem das BKA den plumpen Schwund aufgedeckt hat, wird der Journalist irre, der Fäl-

scher dagegen grämt sich über seinen zu geringen Anteil an der Beute.

Daß es sowohl diesen Leuten als auch jenen, die für eine Retusche des Faschismus viel zu zahlen bereit waren und sich noch mehr davon versprachen, um eine tatsächliche Änderung des Geschichtsbildes ging, die Fälschungen sich auch nicht auf Banalitäten aus dem Alltag des Verfassers beschränkten, daß auch alte Nazis nicht einfach grotesk, sondern wirksam tätig sind — das wird im Film ausgespart. Vor allem Knobel alias Kujau kommt ganz gut weg. Und auch für den hat sich die Sache ja tatsächlich gelohnt. In Stuttgart z. B. stellt er parallel zum Film aus, der Oberbürgermeister eröffnet und erklärt dazu: „In einer Großstadt muß es ein bestimmtes Maß an Humor geben“. Solchen Meinungen steht der Film leider nicht entgegen. — (eve)

### Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- Im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) Unterschrift

### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdisches Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 26 02 26, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschert (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czeminski 5, 1000 West Berlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM).

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichterstattung: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagehinweis: Regelmäßig veröffentlichte Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czeminski 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz